

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditoren...
monatlich 1.35 Rm. + 28 Pf. Erzeugnisse + 1.70 Rm. Durch die Post einlagt
Zustellungsgebühren 2.06 Rm.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus 6 Zeilen
70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Verlobungs- und Hochzeits-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro
Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer
wählen die werftätigen 13 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditoren
Stichtage 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

In Rußland noch Hochspannung

Neues Attentat in Moskau

auf den Vorsitzenden des Kriegstribunals.

Moskau, 27. Juni. (Drahtbericht.) Die Reihe der Attentate gegen Sowjetbeamte wurde durch einen neuen Fall vermehrt. In Moskau wurde während einer Verhandlung vor dem Militärgericht der Vorsitzende der Moskauer Abteilung des Kriegstribunals, Orlow, durch einen Schuß verwundet. Der Attentäter wurde verhaftet und eine strenge Untersuchung nach den Mithilbeteiligten und zur Aufklärung der Motive des Attentats eingeleitet.

Vor dem Ausschluß Trozkis und Sinowjews aus den kommunistischen Parteinstanzen.

Moskau, 26. Juni. (Drahtbericht.) Der Antrag der Zentralen Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf Ausschluß Trozkis und Sinowjews aus dem Zentralkomitee der Partei kommt nicht überraschend. Dieser Antrag ist durch eine großartige Kampagne gegen die Opposition und ihre Führer in Moskau, Leningrad, in der Ukraine und anderen Gebieten der Sowjetunion vorbereitet worden. Von einzelnen Parteiorganisationen wurde sogar der Ausschluß der Oppositionsführer aus der Partei verlangt. Der Ausschluß Trozkis und Sinowjews aus dem Zentralkomitee der Partei dürfte nunmehr in allernächster Zeit Tatsache werden.

Erst jetzt erfährt man von den heftigen Zusammenstößen zwischen Parteimehrheit und Opposition auf der letzten Komintern-Tagung, auf der die Redner der Opposition die Mehrheit des Rates und Verbrechens an der Arbeiterschaft beschuldigten und offen erklärten, daß das „gegenwärtige Regime in der Partei gefährlicher als Chamberlain“ sei. Ueber die zunehmende Aktivität der Opposition erfährt man auch aus der ebenfalls erst jetzt bekannt gewordenen Demonstration auf dem Moskauer Bahnhof bei der Abschiedsfeier für den nach der Provinz abgeschobenen Oppositionsführer Smilga. Die „Leningradskaja Prawda“, das Organ der Leningrader Parteiorganisation, die noch vor einem Jahr zu den treuesten Stützen Sinowjews und der gesamten Opposition gehörte, erklärt, daß im Hinblick auf die letzten Ereignisse die Tätigkeit der Opposition nicht mehr als nur „sozialdemokratische Abirrung“ im Rahmen der Partei bezeichnet werden könne, sondern als eine Bewegung, die sich außerhalb der Partei stellt. Die Oppositionsführer hätten mit Parteilosen und linksanarchistischen Elementen, den offenen Feinden der Sowjetregierung und der Komintern, paktiert.

Georgische Sozialdemokraten immer wieder verfolgt und verleumdet.

Vor dem Obersten Gericht in der Sowjet-Ukraine beginnt Anfang Juli ein Prozeß gegen zwölf georgische Sozialdemokraten, die vor kurzem in Kiew verhaftet wurden. Ueber die Vorgeschichte des Prozesses erzählt die Sowjetpresse, daß die GSW vor einiger Zeit in Kiew eine großartige Organisation der georgischen Menschiwisten aufgedeckt habe. Die Georgier ständen in enger Verbindung mit der Zentrale der georgischen Sozialdemokratie in Paris. Die Angeklagten sollen gefunden haben, im Auftrag der georgischen Emigrantenführer und des polnischen Generalstabs (?) terroristische Anschläge (?) in Sowjetrußland vorzubereiten zu haben. (Zusammenwirken ausgerechnet mit dem weitab von Georgien wirkenden polnisch-bürgerlichen Militarismus zu terroristischen Zwecken, die jeder Sozialdemokrat grundsätzlich ablehnt, — das riecht nach nachträglicher Verleumdung der Verhafteten, mit der man ihre sozialdemokratische Propaganda kompromittieren will. — Red.)

Ein Rußlandfahrer, der zur Selbstkritik kommt.

Vor einigen Monaten ließ die kommunistische Partei Westdeutschlands in vielen Versammlungen einen Reichsbannermann aus Rußland als Rußlanddelegierter über seine Eindrücke in Rußland berichten. Jetzt sieht sich noch genötigt, in unserer Arbeiterpartei folgende öffentliche Erklärung abzugeben:

„Hiermit erkläre ich, daß ich nach wie vor Anhänger der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ihrer Ziele und ihres Programms bin. Leider habe ich mich durch falsche und ungenaue Informationen bewegen lassen, in meinen Berichten von meiner Rußlandreise nicht immer im Interesse meiner Partei zu handeln. Ich bedauere das außerordentlich und verspreche meinen Parteifreunden, in Zukunft jeder Aufforderung der kommunistischen Partei oder des Rußlands-Komitees, mündliche oder schriftliche Berichte von der Rußlandreise zu geben, nicht zu entsprechen. Ich bedauere ferner, daß ich überhaupt die Rußlandreise angetreten habe, da ich nach reiflicher Überlegung

anerkennen muß, daß meine wirtschaftlichen Erfahrungen nicht ausreichen, um in der zur Verfertigung stehenden kurzen Zeit einen solchen großen Fragenkomplex, der mir in Rußland gegenübergestellt wurde, überschauen zu können.“

Dieser Delegierte ist zweifellos klüger als andere, denen es an einer solchen Selbstkritik fehlt und die daher einen naiven und offenbar von den Kommunisten für ahnungslose Leseer berechneten „Bericht“ unterschrieben haben.

Für Herabsetzung des Mehlszolls.

Durch den Ablauf des deutsch-französischen Handelsvertrages droht eine wesentliche Verteuerung des Mehls- und Brotpreises. In dem bisherigen französischen Handelsvertrag betrug der Zoll 11,50 Mark. Nach Ablauf des Vertrages vom 1. Juli steigt er auf den Satz von 12,50 Mark, der die Rechtsmehrheit des Reichstages vor einiger Zeit gegen den Willen der Sozialdemokratie beschlossen hat. Um das zu verhindern, hat die Sozialdemokratie im Reichstag den Antrag eingebracht, den Satz wieder wie früher auf 10,50 Mark für den Doppelpentner festzusetzen. Da Eile geboten ist, ist am Schluß der gestrigen Reichstagsitzung auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen worden, diesen Antrag in der Dienstagssitzung dem handelspolitischen Ausschuß des Reichstages zu überweisen.

Die Ozeanflieger schon in Warschau!

Schlesien nicht überfliegen.

Die beiden amerikanischen Ozeanflieger Chamberlin und Levine sind gestern, wie angekündigt, von Marienbad nach Warschau aufgebrochen. Sie haben Schlesien nicht überfliegen, um nicht ihr Programm durch eine nochmalige Landung auf deutschem Boden zu ändern. Die Amerikaner nahmen ihren Weg über Krakau. Unsere Leser waren ja bereits gestern darauf aufmerksam gemacht worden, daß keine Gewähr für eine Landung der beiden Ozeanbezwinger in Breslau gegeben sei. Die Flieger sind bereits am Nachmittag in Warschau angekommen.

Die schlesische Auswanderungsquote nach den Vereinigten Staaten herabgesetzt.

Wie die schlesische Auswandererberatung erfährt, ist die Zahl der dem amerikanischen Konsulat in Breslau für das Quotenjahr 1927/28 zugeteilten Visa von 1580 im laufenden Jahre auf 970 herabgesetzt worden. Da schon heute mehr als 2200 Anmeldungen vorliegen, wird noch nicht einmal die Hälfte der Antragsteller die Einreisegenehmigung in die Vereinigten Staaten erhalten.

Polens Amerika-Anleihe wieder vertagt?

Warschau, 27. Juni. (Drahtbericht.) Von amtlicher polnischer Seite ist bisher keine definitive Erklärung über das Scheitern der Amerika-Anleihe ergangen. Ein Communiqué der polnischen Telegrammen-Agentur dementiert nur Falschmeldungen über das Scheitern der Anleiheverhandlungen. Der „Kurjer Polski“ will erfahren haben, daß der Abschluß der Anleihe bis Oktober vertagt worden sei. Die Kursverluste an der Warschauer Sonnabend-Börse werden auf 40 Prozent veranschlagt. Die Vertreter des Bankers Trusts und der Firma Blair & Co., die die Anleiheverhandlungen geführt haben, reisen heute abend aus Warschau ab.

Zusammenstöße im Prager Parlament wegen eines reaktionären Gesetzes.

Prag, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag begannen im Abgeordnetenhause die Verhandlungen über die Verwaltungsreform. Die Vorlage ist nach wochenlanger Beratung vom Verfassungsausschuß fast unverändert angenommen worden. Das Referat namens der tschechisch-deutschen Bürgerregierung erstattete der schon aus dem alten Oesterreich bekannte tschechische Reaktions- und Chauvinist Karl Kramarisch. Während seiner Rede kam es zu ungewöhnlich heftigen Zusammenstößen zwischen den Regierungsparteien und der Opposition, die von der deutschen Sozialdemokratie geführt wird. Die Vorlage wird trotz aller Vorstellungen der Opposition in einer Woche durchgepeitscht werden, wobei es bei dem hieszulande herrschenden System sicher ist, daß sie ohne die geringsten Änderungen Gesetz werden wird. Das bedeutet die Vernichtung der Selbstverwaltung, neue Vergewaltigung der sprachlichen Minderheiten, Erhöhung der Machtvollkommenheiten der Regierung gegen die Arbeiter in der Tschechoslowakei.

Provisorische Verlängerung des Mieter- und des Reichsmietengesetzes.

Da der Reichsrat voraussichtlich die erst jetzt an ihr gelangten Gesetze über das Mieter- und das Reichsmietengesetz, die in mehreren Punkten, wie gemeldet, abgeändert werden sind, bis zum 1. Juli nicht mehr erledigen kann, hat der Reichsrat am Montag auf Vorschlag der Regierung einem Gesetz zugestimmt, wonach die Geltungsdauer des Mieter- und des Reichsmietengesetzes zunächst bis zum 31. Juli verlängert wird.

Die politische Lage im Landtag.

Die Beratungen der letzten Tage haben die parlamentarische Lage im Preußenhaus wieder deutlich erkennbar gemacht. Seit im Anfang des Jahres 1925 in heftigen Kämpfen die Regierungsparteien sich ihre Unabhängigkeit von der Deutschen Volkspartei erkämpft haben, haben sie sich stark genug erwiesen, jeden Versuch eines Regierungskurses durch die Opposition abzuwehren, auch dann, wenn die Gegner von rechts und links sich zu diesem Zweck vereinigten. Sie haben darüber hinaus die laufenden Geschäfte zu erledigen, eine geordnete Verwaltung aufrechtzuerhalten und die Demokratisierung sachlich und personell zu fördern vermocht. Da sie aber auf der anderen Seite mit 225 Sitzen nur die genaue Hälfte des Landtags ausmachen, so reicht ihre Stärke nicht aus, um größere Gesetzeswerke auch dann durchzusetzen, wenn ihnen ein entschiedener, mit Obstruktion verbundener Widerstand von der Opposition entgegengekehrt wird.

Das hat sich besonders deutlich jetzt gezeigt, da vor der Sommerpause des Landtags die Beschlussfassung über eine Anzahl von Gesetzen dringlich geworden ist. Ohne größere Schwierigkeiten ist die Verabschiedung einiger Kreditgesetze gelungen, darunter die Bewilligung von 100 Millionen Mark im Anleihewege für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Im Zusammenhang mit dem Nachlassen der Arbeitslosigkeit und der stärkeren Wirksamkeit der produktiven Fürsorge ist es gelungen, in den letzten Monaten deren Wirkungsgrad sichtbar zunehmend zu steigern; im Mai dieses Jahres wurde bereits mehr als der sechste Teil der Erwerbslosen produktiv beschäftigt, im Juni dürfte die Verhältniszahl noch günstiger werden; die Bewilligung der erwähnten Mittel bedeutet einen Schritt weiter auf diesem Wege und verhindert, daß diese Politik zeitweise unterbrochen wird. Erfolgreicherweise sind außerdem gleichzeitig in zweiter und dritter Lesung die Kreditgesetze angenommen worden, die 80 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbauwesens im allgemeinen und weitere 18 Millionen Mark als Arbeitgeber-Darlehen für den Wohnungsbau für preußische Staatsbedienstete auswerfen. Auch diese Bewilligungen werden der weiteren Entlastung des Arbeitsmarktes dienen. Die Aufbringung der Mittel für den Wohnungsbau für Staatsbedienstete im Anleihewege entspricht einer lange vertretenen Forderung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die sich stets dagegen gewehrt hat, daß die für allgemeine Wohnungsbauzwecke bestimmten Mittel aus dem Hauszinssteuer-Aufkommen teilweise mit für diese Sonderzwecke Verwendung finden. Dem ist durch das Anleihegesetz nunmehr Rechnung getragen, so daß die Hauszinssteuer nicht mehr um diesen Betrag geschmälert zu werden braucht.

Größeren Schwierigkeiten begegneten die Gesetze, die die Eingemeindungen, den Hafenausbau und den Sonder-Finanzausgleich für die preußischen Elbgemeinden regeln. Die Eingemeindungen steuerkräftiger Vororte in die Arbeitergemeinden Altona und Harburg sind dazu bestimmt, die schwierige finanzielle Lage dieser Gemeinden günstiger zu gestalten. Die Bewilligung von Sondermitteln für dieses Gebiet erklärt sich aus der Notwendigkeit seiner besonderen Förderung durch die eigenartige, aus dem Anwachsen der Kleinrenterei herguleitende Lage dieser Gebiete. Wirkliche Frucht werden diese Gesetze nur tragen, wenn sich die Bevölkerung der Elbgemeinden darüber klar ist, daß mit ihnen nur ein Teilproblem des Unterelbe-Gebiets gelöst wird. Als vorläufige Maßnahme werden sie nur Erfolg haben, wenn darüber hinaus die über die Landeshgrenze hinaus erforderliche Berufstätigung zwischen Preußen und Hamburg nicht aus dem Auge verloren wird und die Gesetze nicht etwa als Kampfgesetze aufgefaßt werden, die diese Verständigung überflüssig machen sollen. Die Annahme der Gesetze ist nach Freudung mehrerer erfolgreicher Obstruktionsversuche der Deutschnationalen, die die Einverleibung der Billendertel in die Großgemeinden zu verhindern suchten, nunmehr endlich gelungen.

Noch nicht abgeschlossen ist dagegen die Beratung über das Polizeibeamtengesetz, von dem erst ein Teil erledigt ist; der Rest steht noch aus, da die Opposition auch bei ihm die Beschlussfähigkeit des Hauses herbeizuführen vermochte. Der Kampf geht jetzt vor allem um die Möglichkeit der Entlassung von Schutzpolizei-Offizieren, die die Rechte nach Kräften einzuschränken bemüht ist. Trotzdem wird in dieser Woche das Polizeibeamtengesetz, dessen Gestaltung durch die Ausschussbeschlüsse, wie auch von den Polizeibeamten-Verbänden anerkannt wird, eine wesentliche Verbesserung erfahren hat, zweifellos endgültig verabschiedet werden. Ebenfalls dürfte das Gesetz über die Zusammenfassung der elektrowirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen des Staates an einer Aktiengesellschaft — ähnlich der Preußung für die bergbaulichen Betriebe — noch vor den Ferien zur Annahme gelangen.

Nicht gelungen ist es dagegen, die Verabschiedung der Landgemeindefürsorgeordnung in zweiter und dritter Lesung und der Städteordnung in dritter Lesung nach jetzt, wie ursprünglich geplant war, zu erzielen. Trotzdem ist auch hier ein gewisser tatsächlicher Erfolg unverkennbar. Für die Landgemeindefürsorge, die zunächst beraten werden sollte, haben sich die Regierungsparteien auf erhebliche Anträge geeinigt, die die Ausschussbeschlüsse wesentlich verbessern. Ihre Annahme könnte die Zustimmung der Sozial-

demokratie zu dem Gesetz ermöglichen, die zu einem Teil der Ausschussbeschlüsse bisher nicht denkbar war. Eine Umarbeitung der bisherigen Beschlüsse zur Städteordnung auf Grund der neuen, gemeinsamen Stellungnahme der Regierungsparteien zur Landgemeindeförderung dürfte die selbstverständliche Folge sein. Es ist verständlich, daß gerade diese Verbesserung der Gesetzgebung in unserem Sinne die Rechte zu verstärktem Kampf gegen eine solche Ausgestaltung der Gemeindeverfassungsgesetze in politischer und wirtschaftlicher Beziehung auf den Plan gerufen hat. Sie hat eine große Anzahl von Gegenanträgen eingebracht, die die reaktionären Ziele der Deutschnationalen und der Volkspartei für die kommunale Verfassung unverhüllt zeigen. Ob es unter diesen Umständen gelingen wird, überhaupt noch in diesem Landtage bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen diese Gesetze zu verabschieden oder ob für ihre Erledigung in einem für uns annehmbaren Sinne die Zeit abgewartet werden muß, in der die Weimarer Parteien unter Führung einer starken Sozialdemokratie eine sichere, auch durch Obstruktion nicht zu brechende Mehrheit aufweisen werden, muß die Zukunft lehren.

Zu den gesetzgeberischen Vorlagen, die unter diesen Verhältnissen der Beschlußfassung erst nach Wiederauftritt des Landtages im Oktober unterliegen werden, gehört auch der Entwurf über die Errichtung eines Oberlandesgerichts in Preußen. Ein Antrag der Opposition, die Angelegenheit schon jetzt zur Beschlußfassung zu bringen, ist angesichts der parlamentarischen Lage von den Regierungsparteien einmütig abgelehnt worden.

Verlängerte Geltung der Krifenfürsorge für Erwerbslose.

Der Reichsrat hat am 23. Juni einem Verordnungsentwurf des Reichsarbeitsministers zugestimmt, durch den das Gesetz über eine Krifenfürsorge für Erwerbslose in bisherigem Umfange bis zum 30. September 1927 verlängert wird.

Aus dem Reiche.

Die in Berlin für Norddeutschland errichtete Reichsprüfstelle für Schwing- und Schand wird am 1. Juli ihre Tätigkeit aufnehmen. Als Leiter dieser Reichsprüfstelle ist der Regierungsrat Adriani bestimmt, der beim Finanzamt (!) in Magdeburg beschäftigt war.

rote Frontkämpfer prügeln sich mit bürgerlichen Sportlern. Von einem Wettsieg in Wriezen auf einem Lastauto zurückkehrende rote Frontkämpfer griffen am Sonntag laut WTB in Schulendorf bei Wriezen einen Fußballklub an, dessen Mitglieder zum Teil Stahlhelmbesitzeren trugen. Die Fußballspieler schickten in ein Lokal. Die Kommunisten eröffneten ein regelrechtes Sturm auf die Wirtschaft, warfen die Fenster ein, gaben mehrere Schüsse ab und verschafften sich gewalttätig Zugang zu dem Lokal. Sie durchschnitten die Telefonleitung und bedrohten die herbeigeeilten Dorfbewohner mit Dunggabeln und Senfen. Danach fuhren sie wieder ab. Bei ihrem Eintreffen in Berlin wurden 91 rote Frontkämpfer festgenommen.

Gegen die Zwangsorganisation der deutschen Studentenschaft. Wie uns heute aus Heidelberg mitgeteilt wird, hat die dortige Studentenschaft den von den „Grenzdeutschen“ beantragten Wiedereintritt in die Deutsche Studentenschaft bei der Generalabstimmung abgelehnt.

Entscheidung eines Denkmal für die gefallenen jüdischen Frontsoldaten. Am Montag mittag fand auf dem Ehrenfeld des Friedhofes der jüdischen Gemeinde in Weiskensee bei Berlin die feierliche Enthüllung des Gefallenen Denkmals unter Beteiligung von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden, des Chefs der Heeresleitung, General Hene und Vertretern von Heer und Marine, der evangelischen Kirche (?), des Reichstages und Landtages, der Stadt Berlin, des Polizeipräsidenten, sowie zahlreicher Organisationen statt.

Im gemeindefeindlichen Bayern brechen zahlreiche Kommunen zusammen. Eine Reihe gemeindlicher Körperschaften in Bayern, vor allem die Bezirke, die unmittelbar vor dem finanziellen Zusammenbruch stehen, wodurch allein Tausende gerade der ärmsten Volksgenossen, die der öffentlichen Fürsorge zugewiesen sind, aufs allerhöchste betroffen und dem nächsten Elend preisgegeben werden, haben in mehreren Fällen bereits die Zahlungsunfähigkeit bei der Bezirke erklärt, in anderen haben Bezirke, um ihre Fürsorgeverpflichtungen einhalten zu können, zu ungesetzlichen Maßnahmen gegriffen. Da diese gefährliche Situation vor allem durch die fortwährende Verzögerung des innerbayerischen Finanzausgleichs (Regelung zwischen Staat und Gemeinden) durch die bayrische Regierung selbst heraufbeschworen wurde, verurteilt die Sozialdemokratische Fraktion durch eine im Landtag eingebrachte Interpellation die Regierung zur Entscheidung zu bringen. Die katastrophale Lage der gemeindlichen Körperschaften in Bayern ergibt sich allein aus der Tatsache, daß 58 Städte seit der Stabilisierung, also innerhalb dreier Jahre, eine Gesamtschuld von 360 Millionen Goldmark aufweisen.

Das Phantom der Rue Michel-Ange.

Von Henry Bordeaux.
Auseinandergeratene Liebestragödie aus dem Französischen von Johannes Kunde.

20] Ich versuchte ihn mit konträren Beweisen von dieser Neugier abzubringen, mit der er mich verwirren wollte.
„Und Sie glauben wirklich, die Hand Ihres Sohnes gesehen zu haben?“
„Ob ich sie gesehen habe? Das erste Mal in der furchtbaren Nacht des Fliegerangriffs auf Paris.“
„Das war in der Nacht vom 30. zum 31. Januar 1918.“
„Richtig. Ich nahm an einer außerordentlich aufregenden Sitzung teil. Mein Sohn erzählte uns seinen Tod. Schade, daß Sie nicht da waren! Sie würden über die Schlacht von Verdun Einzelheiten gehört haben, die Ihnen jeden Zweifel genommen hätten. Diese waren ohne die Hand, der die Fingerringe anbeimfielen, noch präziser ausgefallen. Als wenn man — beim Gespräch mit Heißern — Furcht zu haben bräuh.“
„Er beschwor er jene Spalte herauf, deren Jünger ich gewesen! Er hatte meine Anwesenheit nicht vermutet. Dieser Umstand konnte es mir vielleicht ermöglichen, den Punkt ausfindig zu machen, wo die Anführer nicht übereinstimmen, die Anschauungen auseinanderbringen.“
„Was sind denn das für Einzelheiten über die Schlacht von Verdun?“
„O, Sie können die Gratzheit derselben nicht in Zweifel ziehen. Die französischen Zettlerinnen waren in jener Nacht in der Luft den Eindruck eines Feuerwerks hatten. Das Gelände war so verwirrt, daß man hätte glauben können, sich auf einem leeren Stern zu befinden, es hat den Habitus eines bluternachtigen Gehäcks. Solche Bilder findet man nicht, wenn man sie nicht gesehen hat.“
„Man erfindet sie nicht, aber man weiß sie ja.“ Er erinnerte sich also nicht, daß ich sie erwidert hätte. Fräulein Suzanne Schönschön war besser.
„Hut das Grab Georges in Stradon?“ In der dritten Reihe das vierte Grab. Damals wußten wir nichts davon. Haben es aber seitdem festgestellt. Es verhielt sich so.“
„Wie heißen Sie es jetzt?“
„Nach dem Waffentrost bin ich mit meiner Frau hingewandert. Wir brachten keinen Hinweis, keine Auskunft. Ich

Nach dem Ueberfall auf das Reichsbanner.

Die Abgeordneten Lubwig und Wels vom Sozialdemokratischen Parteivorstand waren am Montag vormittag bei dem preussischen Innenminister G r a e f f i n g i, um ihm über die ungeheure Erregung Mitteilung zu machen, die nicht nur in den Kreisen des Reichsbanners, sondern in der gesamten Arbeiterchaft herrscht über die Unsicherheit der öffentlichen Wege selbst in der Umgebung Berlins, sobald Republikaner es wagen, die Farben der Republik öffentlich zu zeigen. Die Vorgänge in Ahrensborn, die sich als glatter Nord darstellten, hätten leicht dazu führen können, daß die zu vielen Tausenden in Frankfurt versammelten Reichsbannerleute zur Selbsthilfe gezwungen hätten. Es sei nur den vereinten Bemühungen der verantwortlichen Personen des Reichsbanners und auch ihrer Entlohnung gelungen, Weiterungen, die leicht katastrophale Folgen hätten haben können, zu verhindern.

Der Minister teilte mit, daß er die strengste Untersuchung angeordnet habe und dafür Sorge tragen werde, daß die geringsten Ueberstände, soweit irgendmöglich, beseitigt würden. Die Sozialdemokratische Fraktion des Landtags wird in der Angelegenheit im Landtage sofort interpellieren.

Der Untersuchungsrichter hat die beiden Burtschen Hoffmann und Jemke, die den Ueberfall auf das Reichsbanner angingen, aus der Haft entlassen, da angeblich keine Kollisionsgefahr besteht.

Das Dorf Ahrensborn ist am Montag von etwa zwanzig Kriminalbeamten und ebensoviel Schupo-Beamten nach Waffen und Beweismaterial durchsucht worden.

Der „Vossischen Zeitung“ zufolge, ist von den bei den Zusammenstößen in Ahrensborn verletzten Reichsbannerleuten gegen Schmelzer senior Klage auf Schadenersatz angebracht worden, weil dieser seinen Sohn, der in einem ärztlichen Urteil als „sehr schwer nervenleidend“ und „nicht voll zurechnungsfähig“ bezeichnet wird, nicht mit der genügenden Vorsicht beobachtet hat.

Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht an der Spitze ihrer Dienstag-Morgenausgabe unter der Ueberschrift: „Die rote Landplage“ eine Zeitschrift des Gutsbesizers von Ahrensborn, gezeichnet von U v e n s l e b e n, die eine von Lügen und Verdrehungen strotzende Schilderung des Ueberfalls auf das Reichsbanner gibt. „Einige uniformierte Anhänger vaterländischer Verbände“, heißt es da, „gerieten mit hinter einem Lastkraftwagen fahrenden Radfahrern in Wortwechsel und in Handgemenge und wurden von der Uebermacht der vom Lastkraftwagen absteigenden Reichsbannerleute geschlagen und verfolgt.“

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ gibt eine Darstellung der Gausleitung des Verfalls unter der verlogenen Ueberschrift: „Reichsbanner-Ueberfall auf die Dorfbewohner“. Dabei findet sich selbst in diesem Bericht der Satz: „Gegen 8 Uhr gerieten drei uniformierte Angehörige des Verfalls mit einem hinter einem Lastkraftwagen herfahrenden Radfahrer in einen Wortwechsel und gleich darauf in ein Handgemenge.“ Wenn drei Reichsbannerleute mit einem Reichsbannermann unbandelbar, so kann der sie doch nicht „überfallen“ haben, sondern, sondern es muß umgekehrt gewesen sein! Nach dem Tod eines braven Reichsbannerkameraden das Opfer noch zu beschimpfen, ist aber bei den Hakenkreuzlern — vgl. den Fall Magiera! — schon üblich!

Kleine Auslandsnachrichten.

Der deutsche Reichsaussenminister Dr. Stresemann ist am Montag mittag in Begleitung seiner Frau in Oslo eingetroffen und am Bahnhof von dem Staatsminister Ryffe und anderen Vertretern der Regierung sowie dem deutschen Gesandten begrüßt worden. Die Staatsgebäude sind geflaggt; das Hotel, in dem Stresemann absteigt, hatte eine große schwarz-rot-goldene Fahne gehißt.

Die Sozialistenverfolgung in Litauen. In Krasnowo in Litauen wurde der gesamte Vorstand der Sozialdemokratischen Ortsgruppe verhaftet. Im Kreise der Verhafteten ferner die sozialdemokratischen Mitglieder des Kreisratsausschusses festgenommen. Allen Verhafteten werden staatsfeindliche Umtriebe zur Last gelegt. Das Kriegsgesetz in Posen verurteilt den Soldaten Heinrich Segalowski wegen kommunistischer Propaganda in der Armee zum Tode. Der Staatspräsident hat auf ein Gesuch des Verurteilten hin die Todesstrafe in 20 Jahre Zuchthaus umgewandelt.

Der frühere Präsident von Mexiko, Obregon, hat sich bereit erklärt, die Präsidentschaftskandidatur anzunehmen. Er befürwortete die Beilegung des politischen Einflusses der Kirche und erklärt sich für die Fortführung der Politik des jetzigen Präsidenten Calles und für den Kampf gegen die Reaktion und den Mißbrauch des Heeres. Obregon besitzt gute Aussichten, gegen die Militär-Gouverneure Fortan und Gomez gewählt zu werden. Die Entscheidung der Arbeiterpartei fällt erst auf einem Kongreß im August. Doch ist die Partei ungeteilt für die Kandidatur Obregon.

Erfolge der Linkregierung in Lettland.

Außenminister Gen. Zeleus über die Lage seines Landes. Aus Riga schreibt uns unser dortiger Mitarbeiter: Nachdem die Regierungskrise in Lettland durch ein starkes Vertrauensvotum ihre Lösung in dem der Regierung freundlichem Sinne gefunden hat, machte der Außenminister, Genosse Zeleus, Ihrem Korrespondenten die nachfolgenden Mitteilungen: „Die innerpolitische Lage Lettlands wird am besten durch die Tatsache illustriert, daß die jetzige Regierung, welche eine linkskeine Parliaments, am 3. Juni dieses Jahres, ein für lettische Verhältnisse ziemlich starkes Vertrauensvotum, und zwar 56 Stimmen von Hundert, erzielt hat. Somit hat sich die Basis, auf der die jetzige Regierung ruht, erweitert, denn bei der Regierungsbildung im Dezember vorigen Jahres verfügte die Regierungskoalition nur über 52 Stimmen. Es sei erwähnt, daß die bestehende Koalition sich aus Sozialisten, radikalen bürgerlichen Gruppen, radikalen Kleinbauern und dem sogenannten fortschrittlichen Minoritätenklub unter wohlwollender Neutralität der übrigen Minoritäten gebildet hat.“

Man kann mit einer gewissen Bestimmtheit behaupten, daß auch außenpolitisch die Lage Lettlands eine stabile ist, und die Regierung daher zurzeit ihre größte Aufmerksamkeit der Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten zuwenden kann, um der Mission Lettlands — eine Brücke zwischen West und Ost — gerecht zu werden. Zu diesem Zwecke wurde seinerzeit ein Vertrag mit Deutschland abgeschlossen und am 1. Dezember 1926 ratifiziert. Am 5. Februar 1927 wurde der nach mehrjährigen Unterhandlungen (seit 1923) am 14. Januar unterzeichnete Vertrag über eine Wirtschaftsunion mit Estland ratifiziert, am 2. Juni wurde in Moskau der Wirtschaftsvertrag mit Sowjetrußland unterzeichnet. Zu gleicher Zeit werden Verhandlungen geführt mit den Vereinigten Staaten von Amerika, die bereits ihrem Abschluß entgegengehen, ebenfalls werden auch die Verhandlungen mit Litauen und Polen fortgesetzt. Was den Wirtschaftsvertrag mit Rußland betrifft so möchte ich insbesondere hervorheben, daß die für fünf Jahre garantierten Einkäufe Sowjet-Rußlands in der Höhe von 40 Millionen Lat, das heißt Goldfranken, vollständig die zu erwartende Passivität unserer Handelsbilanz zunichte machen.“

Lettland, als Brücke zwischen West und Ost, ist in höchstem Grade interessiert, daß unter allen Völkern Frieden herrsche und daß die wirtschaftlichen Beziehungen ungehemmt vor sich gehen, und Lettland wird sein Möglichstes tun, um den Frieden und die Zusammenarbeit der Völker zwecks Stärkung der Demokratie und des Fortschritts zu fördern.“

Die Bedingungen der französischen Sozialisten für die Landesverteidigungs-Reform.

Paris, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Nationalrat der Sozialistischen Partei hat am Montag die Diskussion über die Stellungnahme der Partei zum Mobilisierungsgesetz Paul-Boncour durch beinahe einstimmige Annahme einer Entschließung beendet, die von einer Spezialkommission nach vierstündiger Diskussion ausgearbeitet worden ist. Die Entschließung beginnt mit der Feststellung, daß Veränderungen, die der Senat am Gesetzentwurf vorgenommen hat, es der Partei zur Aufgabe mache, den parlamentarischen Vertretern genaue Richtlinien für ihr Verhalten bei der Endabstimmung zu geben. Die Parlamentarier werden deshalb beauftragt, alle Anstrengungen zu machen, um die hauptsächlichsten Auffassungen zu verteidigen, die während des Krieges für die Sozialistische Partei maßgebend waren. Diese Auffassungen seien denn auch durch Paul-Boncour in dem Gesetzentwurf aufgenommen worden, und sind folgende: Die Mobilisierung darf nur auf Grund eines Parliamentsbeschlusses verfügt werden. Die kapitalistischen Unternehmungen werden im Kriegsfall die Schlichtung, Kriegsgewinne sind verboten und der gesamte Versorgungsdienst der Armee muß zentralisiert werden. Die volle Handlungs- und Beschlußfreiheit des Parlaments muß in Kriege weiterbestehen, sämtliche Franzosen sind im Mobilisierungsfalle gleich. Außerdem müssen die sozialistischen Parlamentarier energig gegen die Auffassung aufreten, als ob das Mobilisierungsgesetz eine Militarisierung der französischen Frau oder eine Beschlagnahme der gewerkschaftlichen Freiheit enthalte. Falls die Bestimmungen der sozialistischen Parlamentarier in allen den obengenannten Punkten auf den siegreichen Widerstand anderer Parteien stoßen sollten, wird die Sozialistische Parlamentariergruppe beauftragt, gegen den Gesetzentwurf zu stimmen. Diese Entschließung wurde mit 2992 gegen 208 Stimmen angenommen. 165 Stimmen fielen auf eine extreme Entschließung, die das Prinzip der nationalen Verteidigung selbst ablehnt. Vor der Abstimmung kam es zu einer erregten Aussprache zwischen Zyromski und Léon Blum, da der erstere verlangte, daß die Parlamentariergruppe selbst dann gegen den Entwurf stimmen müßte, wenn auch nur ein Punkt der obigen Entschließung von der Kammermehrheit verworfen würde. Blum, unterstützt von Paul-Boncour und Kérouadec, sprach sich scharf gegen eine solche starke Stellungnahme aus, die eine praktische und nützbringende parlamentarische Tätigkeit unmöglich mache.

„Noch einen Augenblick“, erwiderte er. „Ich habe Ihnen ein Geheimnis anzuvertrauen.“
„Ein Geheimnis?“
„Es geht hier etwas vor, das ich nicht zulassen kann. Der Leutnant Malais kommt alle Tage hierher.“
„Leutnant Malais? Stand er nicht auch bei der Batterie Ihres Sohnes?“
„Ja wohl. Bei der Rückkehr aus der Befangenschaft nahmen wir ihn wie ein Kind des Hauses auf. Er erzählte uns von ihm, das war wohlwollend. Meine Frau hörte ihn und wurde dadurch ein wenig getrübt — steht sie doch in gar keiner Verbindung mit jenem anderen Leben. Wir sind zu freundlich mit ihm gewesen.“
„Was hat er denn begangen?“
„Was er begangen hat? Nun, er verliebte sich einfach in Suzanne.“
„Das ist kein Unglück. Fräulein Giroux ist frei.“
„Er sah mich ganz verwundert an, als hätte ich eine Poesie ausgesprochen.“
„Nein, sie ist nicht frei“, sagte er mit Nachdruck. „Sie gehört meinem Sohn. Er wird bald wieder in seiner körperlichen Hülle erscheinen und mit ihr sprechen können. Sie darf keinen anderen angehören. Ich habe da ein Wort mitzureden. Man betrügt das Jenleits nicht. Ein Unglück würde daraus entstehen. Und damit begreifen Sie nicht, daß die Seelenwanderung mich mit Verborgnis erfüllt?“
„Mit Besorgnis? Die Seelenwanderung?“
„Aber ohne Zweifel. Mein Sohn wird nicht dauernd das unsichtbare Leben führen. Früher oder später reinkarniert er sich in einem menschlichen Wesen, um den Kreis seiner Fortpflanzung fortzuführen und die Vollkommenheit zu erreichen. Wenn er sich mehr, und mehr von der Materie freimacht. Dann ist er für mich verloren. Den Gedanken kann ich nicht ertragen. Ich fühle, daß ich gerade die Liebe in unserer Nacht erzeuge, die ganz vergeht Liebe, die ihn mit Suzanne verbindet. Sein Geist schwebt über uns, wie die Biene durch Blütenstaub, der ihm bestimmt ist, angelockt. Wendet sich Suzanne Geist von ihm ab, habe ich alle Ursache zur Beunruhigung; verheißt Sie mich nicht Ihre Liebe bestimmt das junge Mädchen zu Ihrer mehrmütigen Aufgabe. Diese Liebe wirkt in die Ferne wie eine Verlängerung ihrer Sensibilität und erreicht unwiderstehlich entfernte Bezirke, denen das Besiprit meines heißgeliebten Georges weilt!“
„Der arme Vater, er hielt seine Beziehungen zum Jenleits durch die Liebe aufrecht. Schließlich sagte er fertig.“
„Ich schaffe mir diesen Gedanken vom Hals.“
(Fortsetzung folgt.)

Italienvertrag und Putschistenverförgung im Reichstag.

Die Sitzung wurde vom Präsidentsen Bse eröffnet. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Kriegsgesetz wird wegen der Abwesenheit des Reichsaussenministers von Berlin von der Tagesordnung abgesetzt.

Das Haus berät dann den deutsch-italienischen Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag.

Abg. Schönding (Dem.) begrüßt die Vorlage im Namen der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union. Verträge dieser Art würden überflüssig geworden sein, wenn es gelungen wäre, das Genfer Protokoll zur Anerkennung zu bringen. Wir müßten uns darüber freuen, daß der Rechtsgebanke zwischen den Völkern in letzter Zeit erhebliche Fortschritte gemacht habe und daß Deutschland dabei an führender Stelle stehe.

Abg. Stöcker (Komm.) glaubt nicht daran, daß dieser Vertrag der Erhaltung des Friedens diene, zumal sein Zustandekommen vom Geiste Chamberlains überschattet worden sei. Auch aus der Begründung des Vertrages ergebe sich keine Wertlosigkeit. Mit einem Lande, in dem Mussolini herrsche, könne man keinen Frieden halten, daher sei auch dieser Vertrag zwecklos. Die Sozialdemokraten seien mit schuld daran, daß es mit Italien soweit gekommen sei.

Abg. Dr. Breitsheld (Soz.)

bezeichnet es als verständlich, daß der Abg. Stöcker gegenüber den Angriffen seiner früheren Parteigenossen Ruth Fischer und Dr. Korsch das Bedürfnis fühle, zu zeigen, daß er mit den Sozialdemokraten keine Gemeinschaft habe. Wir können nicht so viel Phantasie aufbringen, um in dem vorliegenden Vertrag ein Stück des neudeutschen Imperialismus zu sehen, als ein neues Glied in der Kette der antirussischen Front. Wir haben doch aber schon zwei gleiche Verträge mit einem anderen Staate abgeschlossen, der noch nicht dem Völkerverbund angehört hat, nämlich mit Rußland und auch die Kommunisten haben zugestimmt. Im allgemeinen pflegen wir mit den Kommunisten keine Diskussion, wir überlassen das viel lieber ihren ehemaligen Freunden. Von dieser Heftigkeit will ich heute abgehen, um einige Dinge richtig zu stellen. Wir sind die letzten, die die Gefahr leugnen, die mit dem Faschismus verbunden sind. Mehr als einmal haben wir darauf hingewiesen. Wir leugnen nicht, daß vom Faschismus eine Bedrohung des Friedens Europas ausgeht. Wenn aber die Möglichkeit besteht, diese Gefahr zu vermindern, dann wären wir doch Toten, wenn wir sie nicht bedenken wollten. Ähnliche Verträge, wie den vorliegenden, haben wir mit einer ganzen Reihe anderer Staaten abgeschlossen. Unseren Forderungen entspricht dieser Vertrag schon deshalb nicht, weil er einen Unterschied zwischen rechtlichen und politischen Konflikten macht, während wir danach trachten, alle Konflikte einem obligatorischen Schiedsgerichtsverfahren zu unterwerfen. Diese Verträge bieten nicht die letzte Garantie für die Erhaltung des Friedens, aber die Tendenz, die am Abschluß solcher Verträge liegt, trägt zur Verbreiterung des Schiedsgerichtsgedankens bei und sie hat deshalb unsere Unterstützung. Schon lange vor dem Kriege hat die damalige Sozialdemokratische Partei das Schiedsgerichtswesen gefordert.

Wir kennen auch die ungeheuerlichen Verfolgungen, denen sich Mussolini und der Faschismus zuschulden kommen lassen, und wir haben unseren Abscheu dagegen bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck gebracht. Die Russische Botschaft in Rom hat das sehr viel weniger getan, als sie unmittelbar nach der Ermordung unseres Parteifreundes Mateotti ein Bankett zu Ehren Mussolinis gab. Gewiß gibt es auch bei uns, wie in jeder Bewegung, Abtrünnige, aber darüber sollten doch die Kommunisten, bei denen es doch solche Leute genug gibt, am wenigsten reden. Die Tatsache bleibt bestehen, daß die Führer des Sozialismus, daß die Führer der Arbeiterbewegung in Italien in opferreichen Kämpfen gegen den Faschismus stehen. Zum Teil müssen sie in der Verbannung leben, um von dort aus zu versuchen, dieses Regime zu brechen. Aber wenn wir daran erinnern, dann nicht, um das Schiedsverfahren mit Italien abzulehnen. Wir müßten ja sonst auch gegenüber Rußland ebenso handeln. In Rußland gibt es wohl keine Verfolgungen von Sozialdemokraten? Es gibt wohl keine Gefängnisse für proletarische Gegner des Bolschewismus, und wenn Sie (zu den Kommunisten) bisher noch gar nichts davon gehört haben sollten, so hat Ihnen ja Ihr Freund Dr. Korsch die Namen von revolutionären Arbeitern genannt, die in Rußland verfolgt werden und in Gefängnissen schmachten. Sie haben daraus doch nicht den Schluß gezogen, mit Rußland keinen Rapallo- und keinen Berliner Vertrag abzuschließen. Gilt aber für Rußland die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, wie jetzt erst die „Stwejtija“ betont hat, so muß das auch für Italien Geltung haben. Wir stimmen dem Vertrag zu, wir bleiben die schärfsten Gegner des Faschismus, aber wir wollen in Frieden und Freundschaft mit dem italienischen Volke leben und hoffen, daß sich der Vertrag so auswirken wird, daß schließlich auf der Gegenseite nicht Mussolini, sondern das italienische Volk stehen wird. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. v. Rheinbaben (D. Vp.). Der Völkerverbund ist eine Methode der internationalen Verständigung. Dieser Charakter des Völkerverbundes verpflichtet uns, auch mit Italien ein günstiges Verhältnis zu finden.

Der Reichstag tritt dann in die Fortsetzung der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Putschstrafordnung ein.

Abg. Tempel (Soz.)

bedauert, daß wegen der gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse im Reichstag eine Dauerregelung der Putschstrafordnung nicht getroffen werden kann.

Der Redner trägt im folgenden besonders trasse Fälle von wirtschaftlicher Härte vor und knüpft hieran die Begründung für die Anträge der Sozialdemokraten. Besonders muß gefordert werden, daß Wöchnerinnen und Schwangere das Recht erhalten, von der landwirtschaftlichen Arbeit befreit zu werden. Die Kleinbauern müssen endlich erkennen, daß sie mit den Proletariaten der Städte zusammenzugehen haben, wenn sie einen wirklichen Putschschutz und die anderen ihnen bisher vorenthaltenen Rechte erhalten wollen. Die Sozialdemokratie wird dafür kämpfen, daß ein wirkliches Bauernrecht, das wir so dringend brauchen, geschaffen wird. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Henneburg (Dem.) bedauert, daß die Reichsregierung dem Reichstagsbeschlusse nicht nachgekommen ist, der an Stelle des Provisoriums ein Dauergesetz über den Putschschutz verlangte. Gerechtigkeitsehrliche seien die früheren Herrscher gegen den Putschschutz jetzt unter dem Eindruck der Kleinbauernbewegung verstimmt. Die Demokraten beantragen ebenso wie die Sozialdemokraten die Ausdehnung des Putschschutzes auf alle Verträge. Weiter beantragen sie die Umwandlung der auf Roggenmarkt abgeschlossenen Pachtverträge auf Reichsmark.

Abg. Busch (Komm.) begründet zwei Anträge, wonach der Putschschutz von 10 auf 15 Hektar erhöht und der Putschschutz solange verlängert werden soll, bis das neue Pachtrecht geschaffen ist.

In der Abstimmung werden eine Reihe von Änderungsanträgen abgelehnt.

Es folgt die Beratung des sozialdemokratischen Antrags betr. Mitteilung der Ausschussratsposten von Mitgliedern an den Reichstagspräsidenten.

Die namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des § 7 der Putschstrafordnung wird mit 180 gegen 155 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Es folgt die Beratung eines Teilberichtes des Haushaltsausschusses über den von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzentwurf auf Abhebung der Verpflegungsgeldstrafe bei besonders hohen Reineinkommen und Änderung des Republikstrafgesetzes, wodurch die Streichung von Bezügen bei Teilnahme an hochoverräterischen Unternehmungen herbeigeführt werden soll.

Abg. Knoll (Ztr.) als Berichterstatter des Ausschusses empfiehlt die Ablehnung des zweiten Teiles des Antrags, da hierfür keine Notwendigkeit mehr bestehe. Der andere Teil soll bei der Neuregelung der Besoldungsordnung verhandelt werden.

Abg. Rohmann (Soz.)

weist auf den Zweck des sozialdemokratischen Antrags hin, soweit er im Anschluß bisher behandelt worden ist. Es soll dem Standal ein Ende gemacht werden, daß Beamte und Militärpersonen, die an hochoverräterischen Unternehmungen teilgenommen haben, noch mit hohen Bezügen belohnt werden. Wir haben eine ganze Anzahl solcher Fälle zu verzeichnen. Traugott v. Sogow, der wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 5 Jahren Festung verurteilt worden ist, hat Klage auf Zahlung von Pension aus seiner früheren Stellung als Berliner Polizeipräsident angestrengt, die jetzt beim Reichsgericht schwebt. General v. Wittich, Reichswehrminister und Oberbefehlshaber während des Rapp-Putsches erhält eine Pension von 18000 Mark. Kapitän Ehrhardt ist mit voller gesetzlicher Pension entlassen worden, er bezieht mehrere tausend Mark im Jahre. Hauptmann Babis, der persönliche Adjutant Rapps, bezieht rund 4500 Mark, Oberst Bauer, eine führende Persönlichkeit beim Rapp-Putsch, rund 9000 bis 10000 Mark jährlich. General v. Lettow-Vorbeck, gegen den ein Verfahren eingestellt worden ist, erhält 18000 Mk. Die Frau des Putschführers Rapp bezieht noch heute eine Pension. Oberleutnant Korbach, der Rapp-Putschführer in der Provinz, Kontradmiraal Ledebow und der frühere Oberpräsident August Winning, alle am Rapp-Putsch beteiligt, erhalten hohe Pensionen. Herr Wöchner, der wegen Beteiligung am Hitler-Putsch 5 Jahre Festung erhalten hat, bezog bis zu seinem Tode im April 1925 immer noch zwei Drittel seines Gehalts, trotzdem das Disziplinargericht in seinem Verhalten eine schwere Verletzung der Amtspflicht sah. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Fric, der Beihilfe zum Hochverrat geleistet hat, erhält heute noch die Bezüge seines Amtes. Oberleutnant Kriebel und Hauptmann Köhn erhalten gleichfalls ihre früheren Gehaltsbezüge. Unerhört ist auch der Fall des Generals v. Lossow. Am 23. Oktober 1923 hatte General Seest in einem

Rundfunkgramm an alle deutschen Wehrkreiskommandos den General Lossow der Wehrerei und des bewaffneten Hochverrats gegen das Reich beschuldigt. Gegen diesen Mann ist kein Verfahren eingeleitet worden, er bezieht heute noch 18000 Mark Pension. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir haben schließlich noch den Major Buchner, den Führer des Ruffiner Putsches, den Kapitänleutnant a. D. Hoffmann, den Hauptmann Sengel, die Leutnants zur See a. D. Waldentus und Keiner, die sämtlich wegen Hochverrats zu Festung verurteilt worden sind, bisher ist noch nichts davon bekannt geworden, daß diesen Herren irgend etwas von ihren früheren Bezügen gekürzt worden ist.

Wie weit die Republik geht, ihre Todfeinde zu alimentieren, zeigt der Fall des Freibankmeisters Ulrich Graf in München. Graf, der Vertraute Hitlers, wurde bei dem harmlosen Spaziergang über dem Odeonsplatz in München, der in der Geschichte als Hitlerputsch weiterlebt, am 9. November 1923 an Ober- und Unterschenkeln verwundet, weil er im Niederwerfen auf die Erde nicht so gewandt war, wie die anderen berühmten Zeitgenossen, die sich in seiner Begleitung befanden. Schon am 20. Dezember 1923 fragt das Krankenhaus an, ob das zuständige Versorgungsamt bereit sei, die täglichen Kosten von 3,25 Mark zu übernehmen, worauf das Versorgungsamt antwortet, daß dem Graf anheimzustellen sei, einen Antrag mündlich oder schriftlich zu stellen. Falls der Antrag, so heißt es weiter, schriftlich gestellt würde, müßte in demselben zum Ausdruck gebracht werden, ob er als „Unbeteiligter“ oder als „Beteiligter“ die Verwundungen erlitten habe. (Lebhafte Hört, hört! links.) Der Antrag wird darauf gestellt und schon am 11. Januar 1924 werden die Versorgungsfolgen des Graf als Dienstbeschädigung anerkannt. (Stürmisches Hört, hört! links.) Auf Grund dieses Erkenntnisses wurde Graf eine Erwerbsbeschränkung von 60 Prozent, eine laufende Rente von 40 Mark monatlich, dazu Frauen- und Kinderzulage, sowie das Recht auf freie Heilbehandlung auf Kosten des Staates zugewilligt, soweit sie durch die Verwundung erforderlich wird, Graf kann, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, Kuraufenthalt erhalten, seine Angehörigen erhalten Sterbegeld, sie haben Anwartschaft auf Hinterbliebenenrenten und Graf selbst hat für sich den Schutz des Gesetzes zum Schutze der Schwerkrriegsbeschädigten erlangt. Um diese Belohnung putschistischer Selbentaten zu rechtfertigen, wurde auf Grund des Kriegsverpersonengesetzes per Hitlerputsch als ein mit dem Kriege im Zusammenhang stehendes Ereignis anerkannt, obwohl er sich erst 5 Jahre nach dem Kriege vollzog. Für die Witwe des zuhause ermordeten Eisner, der wenige Wochen nach Beendigung des Krieges sein Leben für die Republik lassen mußte, hat der Staat keinen Pfennig Pension übrig. Verblüffend sind die Toleranz und die Schnelligkeit, mit der im Falle Graf gearbeitet wurde. Sie unterscheiden sich vornehmlich von dem verweifelten Kampf, den wirkliche Kriegsbeschädigte, Witwen und Waisen, arme und zusammengebrochene Eltern um ihre bescheidene Rente führen müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Keinen Beamten, die im Dienst geringfügiger Vergehen schuldig geworden sind, wird trotz jahrelangem vorwurfsfreiem Dienst sehr häufig die Pension auf Lebenszeit entzogen. Von der Empörung des Volkes über diese Dinge haben Sie (nach rechts) keine rechte Vorstellung, sonst würden Sie es nicht wagen, unsere Vorschläge abzulehnen. Immer wieder erhebt das Volk die Frage: wie lange will sich die Republik von solchen Herrschern noch auf der Nase herumtanzen lassen? Das Wort: Nichtwürdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre, gilt nicht nur für die Nation, sondern auch für die Staatsform. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Auf Antrag des Abg. Dittmann (Soz.), der darauf hinweist, daß diese Einzelheiten dem Ausschuss nicht bekannt gewesen seien, wird der Initiativentwurf an den Ausschuss zurückgewiesen.

Es folgt die Beratung eines Antrages Voigt (Bayr. Vp.) auf Beschränkung der Zahl der wirtschaftlichen Betriebe des Reichs und anderer öffentlicher Körperschaften. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss hat sich mit dem Antrag im wesentlichen einverstanden erklärt.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) wendet sich gegen den Antrag, weil er in dieser Form widerspruchsvoll und unklar sei. Dem Handwerk drohen, wenn man schon davon sprechen will, von ganz anderer Seite Gefahren, von den Spitzenverbänden des Handels und der Industrie.

Abg. Voigt (Bayr. Vp.) tritt für den Ausschussantrag ein, an eine Beschränkung der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe denke man nicht. Die Betriebe der Länder und Gemeinden seien nicht mit benannt, es sei Sache der Länder selbst, hier nach dem Rechte zu sehen. Die Auszählung der eigenen Betriebe der Krankenkasse müßte verboten werden.

Abg. Biener (Dnat.) betrachtet die wirtschaftliche Betätigung der Länder und Gemeinden für noch gefährlicher für das Kleingewerbe als die Reichsbetriebe. Es komme dabei nichts weiter heraus, als eine Verschleuderung öffentlicher Mittel. (!)

Abg. Barschut (Dem.) beschwert sich über die Konkurrenz der Schneidereiindustrie der Reichsmarine und der Stellmachereien der Reichswehr. Kein Mensch wolle öffentliche Monopolbetriebe, wie Gas, Wasser und Elektrizitätswerte zu Privatbetrieben machen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag.

Beim Sport ist Staub das Gefährlichste für die Haut!

So schadet rasche Fahrt über sonnige Straßen. Unaufhörlich prallen Staubteilchen gegen die erhitzte Gesichtshaut und dringen in die geöffneten Poren. Dagegen schützt man sich auf einfache Weise durch „4711“ Matt-Creme. Dieser vollkommen fettfreie, erfrischende Creme überzieht die Haut schützend mit einer hauchartigen, unsichtbaren Schicht und erhält sie zugleich geschmeidig. Rötung und Sonnenbrand verhindert und heilt der fetthaltige „4711“ Cold Cream, mit dem man die Haut vor der Nachtruhe leicht massiert.

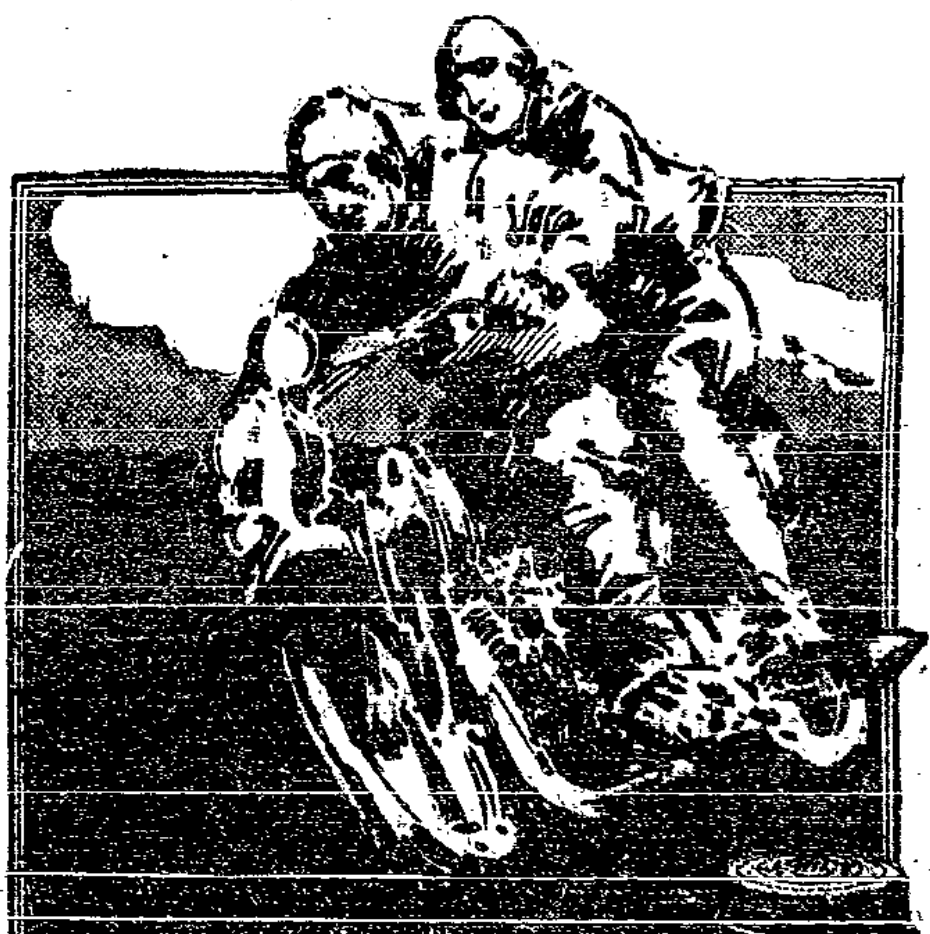
Nur echt mit der ges. gesch. „4711“ (Blau-Gold-Etikette).

„4711“ Matt-Creme

In reinen Zinntuben zu 60 u. 1.-, in Glasstöpfchen zu 1.50

„4711“ Cold Cream

In reinen Zinntuben zu 70 u. 1.-, in Glasstöpfchen zu 75 u. 1.50



Verlobungsanzeigen
sowie alle anderen Familienanzeigen
bestellen Sie am besten bei der
Volkswacht-Buchdruckerei
Breslau II, Flurstraße 4-6

Reisebücher
und
Notizen
erhalten Sie in den
Volkswachtbuchhandlungen
Neue Gubenstraße 5 und
Neue Leipzigerstraße 11

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. Juni.

Der Preis der Zeitung.

In der allgemeinen Teuerung hat die Arbeiterpresse stets versucht, ihren eigenen Preis trotz steigender Selbstkosten so niedrig wie möglich zu halten. Gerade unsere „Volkswacht“ hat in diesem Bestreben ihren Preis bis jetzt dauernd noch unter der Bezugsgebühr für kleinere schlesische Arbeiterblätter von geringerem Umfang gehalten. Wir sind bei einem Wochenabonnement von 40 Pf. stehen geblieben, während selbst unsere Parteiblätter in Liegnitz, Görlitz, Hindenburg, und sogar das an Umfang noch kleinere Breslauer Kommunistenblatt längst 50 Pf. wöchentlich kosten. Die bürgerliche Presse hat in noch größerem Maßstab ihre Bezugsgebühren erhöht. Vor dem Kriege kosteten zum Beispiel die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ wöchentlich 15 Pf., während die „Volkswacht“ 20 Pf. wöchentlich von ihren Abonnenten fordern mußte. Seit längerer Zeit kosten jetzt die „Neuesten Nachrichten“ 60 Pf. wöchentlich, also den vierfachen Vorkriegspreis, während wir trotz gleicher Selbstkostensteigerung mit 40 Pf. die Bezugsgebühren wenigstens nur um den einfachen Vorkriegspreis erhöht haben.

Der weitere Ausbau des Blattes

erscheint uns aber als unabwendbare Pflicht. Die moderne Tageszeitung erweitert nicht nur ihren Nachrichten die um ständig unter Benützung der fortschreitenden Technik. Sie muß auch der Illustration immer mehr Raum geben, die das nüchternen Wort dem Sinn des Lesers veranschaulichen kann. Besonderen Wert legen wir darauf,

in Zukunft auch der Leserin immer mehr zu bieten,

deren Interesse sich erfahrungsgemäß weniger den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Problemen zuwendet als den menschlichen Einzelgeschickalen. Wir werden daher vom 1. Juli an unsere Rubrik „Aus aller Welt“ erheblich erweitern, so daß sie täglich eine ganze Seite einnimmt. Obwohl dieser Teil des Blattes wie der lokale Teil werden vom gleichen Zeitpunkt an reichlicher als bisher illustriert werden.

Um eine solche Erweiterung vornehmen zu können, müssen aber auch wir nach langer Zurückhaltung eine Erhöhung der Bezugsgebühren, durchführen, und zwar

von 40 auf 50 Pf.

für die Wochenabonnenten. Die Monatsabonnenten zahlen statt bisher 1,70 Mark ab 1. Juli 2,10 Mark.

Um unseren Lesern entsprechend ihrer Mehrleistung sofort eine besondere Gegenleistung zu bieten, hat sich der Verlag der „Volkswacht“ entschlossen, jedem Abonnenten im Juli

zwei Extrajchriften unberechnet

zu liefern. Die Leserin erhalten gratis eine Broschüre von Silberding „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik“ (Stenographische Wiedergabe des grundlegenden Parteitagreferats). Sie erhalten ferner gratis, nach ihrer eigenen Wahl, entweder das berühmte Novellenbuch von Leonhard Frank „Der Mensch ist gut“, oder den gegen den Krieg gerichteten Roman „Wilhelm Pirard“ von J. Steiner-Zukien aus dem Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ Berlin. Nur durch einen Massenausschluß ist die „Volkswacht“ in der Lage, auf diese Weise eine wertvolle politische Broschüre und einen hochinteressanten Roman in Buchform umsonst mit zu liefern. Wir bitten die Abonnenten, in diesen Extraleistungen den Beweis zu sehen, daß dem notwendigen erhöhten Bezugspreis — der immer noch unter der Abonnementgebühr der konkurrierenden bürgerlichen Blätter liegt — auch erhöhte Leistungen entsprechen werden.

Presse-Kommission, Verlag und Redaktion der „Volkswacht“.

Nach Schlesien die meiste Nachfrage!

Auf der Wochenend-Ausstellung in Berlin, die jetzt bis zum 3. Juli verlängert worden ist, hat, wie bereits früher berichtet, der schlesische Verkehrsverband eine umfangreiche Ausstellung veranstaltet, und zwar mit einer großen Zahl von eigens für Ausstellungs- und Propagandazwecke angefertigten Originalgemälden von den hauptsächlichsten Bauten und Sehenswürdigkeiten Breslaus und aus der Provinz. Es sind dabei alle Teile der Provinz behandelt, das Riesengebirge, Waldenburger, Gule-, Glaser Gebirge, Ober- und Niederschlesien, das Böhmerland und Zobtengebirge, das Ragengebirge, die Oderschleife bei Glogau und die Weingegend von Grünberg. Außerdem befindet sich der schlesische Verkehrsverband bei dieser Ausstellung einer neuen Erfindung, des sogenannten Fantastop-Apparates. In diesem Apparat, einem Glaskasten, blitzen abwechselnd bunte Werbefiguren in plastischer Wiedergabe auf, ohne daß der Beschauer sich darüber klar wird, wie dies möglich ist.

Der schlesische Verkehrsverband hat mit dieser Ausstellung einen außerordentlichen Erfolg auf der Wochenend-Ausstellung in Berlin gehabt. Es zeigte sich vom ersten Tage an, daß die Nachfrage nach den Werbefiguren Schlesiens besonders groß ist, und zwar verlangen die Interessenten immer die Werbefiguren „Das schöne Schlesien“, die schon wegen ihres bunten und passenden Umfanges den nachfragenden sofort in die Augen fiel. Es sind im ganzen bisher über 14 Zentner Werbefiguren von Schlesien verteilt worden. Der Fantastop-Apparat bemühte sich in herbeizugewandter Weise als Blickfänger. Er zog die Besucher an, und infolgedessen ist die Ausstellung des schlesischen Verkehrsverbandes derart besucht worden, daß der Bodenbelag erneuert werden mußte. In keinem anderen Ausstellungstand ist dies der Fall gewesen.

Nach Schluß der Wochenend-Ausstellung in Berlin beschäftigt der schlesische Verkehrsverband, den Fantastop-Apparat nicht einem Teil der Bilder in einem Reisebüro in Berlin, Unter den Linden, auszustellen, um in dieser Hauptstraße Berlins, die besonders von Fremden stark besucht wird, weiter Propaganda für Schlesien zu machen.

Breslauer Leiermänner.

Der Leiermann ist in der Nachkriegszeit eine seltene Erscheinung geworden, noch seltener sind die Drehorgelpieler, die einen dreistiimmigen Affen mitführen, der sozusagen als Gehilfe fungiert, indem er das Geld einfließert, es seinem Herrn abflehrt und sogar dem Publikum für die Gaben mit der Pfote dankt.

Das Drehorgelspiel ist zwar keine Kunst, wohl aber ein Gewerbe, und die Leiermänner die mit dem Musikkasten die Breslauer Höfe durchziehen, haben allerlei Vorschriften zu befolgen. Zuerst muß eine Konzession zum Spielen mit einem Erlaubnischein polizeilich eingeholt werden. Diesen Schein erhalten aber nur Leute, die im Besitze eines Wandergewerbescheines sind, der ein Lichtbild des „Künstlers“ tragen muß. Ein Steuerzettel für Straßenhandel ist ferner vorzulegen, das alle Vierteljahre abgeliefert werden muß. Zuguterletzt werden dem Leiermann aber auch noch Umsatzsteuern berechnet. Kein Wunder, daß er mit berechtigtem Berufsstolz den Kollegen bekämpft, der mit nichts, als seiner meist fragwürdigen Rehle ausgerüstet, oder mit Instrumenten, die er in der Tasche versteckt, „unlauteren Wettbewerb“ auf einbringlichen Höfen betreibt. Diese freien

Das Weefend der Breslauer Arbeiterkinder.

Vor einigen Wochen brachte uns die „Volkswacht“ einen Bericht über das Weefend in Amerika und England. Das Weefend soll dem im Arbeitsprozeß stehenden Arbeiter nach den Anstrengungen und der Hast des Alltags eine etwas längere Erholung und Ruhe geben, als es heute noch der Fall ist. Die Arbeiterkinder wird noch hart und schwer kämpfen müssen, ehe sie im ganzen ein gelundes, freudiges Weefende erreicht haben wird. Sie wird ein Weefende, wo sie froh, nicht mehr von Nöten und Sorgen bedrückt, sein darf, erst in der sozialistischen Gesellschaft erreichen. Jetzt ist man bemüht, den Menschen, die eine gute und sichere Existenz haben, zu einem Weefende zu verhelfen. Eine ganze Wochenendindustrie entsteht förmlich. So gibt es Wochenendhäuser, Wochenendzeitungen, Wochenendkarte für Verpflegung und Unterkunft. Was hat das alles mit einem Weefende für Kinder zu tun? Nicht nur der Arbeiter selbst unter der Last wirtschaftlicher Anstrengung, lebt in Nöten und Mühen, ständig im Dunkel und Schatten des Lebens, sondern auch die Kinder haben schwer unter den schlechten gesellschaftlichen Verhältnissen zu leiden. Wegen der ungenügenden Einkommensverhältnisse und der geringen Freizeit der Eltern wächst das Kind in mangelnder Pflege und Bereicherung kümmerlich und notdürftig heran. Seine Welt und Heimat sind die engen, lichtlosen, unfreundlichen Höfe der Mietskasernen, sind die schmutzigen, verkehrsreichen, finsternen Großstadtstraßen. Es ist kein Wunder, daß unsere Kinder, die Zukunft unserer Klasse, unter geradezu furchtbaren gesundheitlichen Schädigungen zu leiden haben. Gibt es doch nicht weniger als 8000 tuberkulöse Kinder in Breslau, die frühzeitig Opfer dieser tödlichen Volkskrankheit wurden. Im Reich sind es weit über eine Viertelmillion, die ihr Leben lang den Todeskeim der Tuberkulose in sich tragen und einen langsamen, aber doch frühzeitigen Tod erleiden. Es läßt sich das ganze Elend unserer Kinder gar nicht in Zahlen ausdrücken, sie sind viel zu trocken, als daß man aus ihnen all die Not und Tränen ermessen könnte. Sie geben auch nicht den ganzen Jammer wieder, der wirklich in unserem jüngsten Geschlecht vorhanden ist. Ungeheuer groß ist die Zahl unserer unterernährten Kinder. In den Großstädten sind es 30 bis 35 Prozent aller Kinder. Groß ist die Zahl der bleichsüchtigen, blutarmen oder an den verschiedensten Krankheiten, wie Malaria, Stomatitis, Diphtherie usw. erkrankten Kinder. Die Feder sträubt sich förmlich, all das Elend zu schildern. Was soll nun aus den Kindern werden, denen der Hunger zur Selbstverständlichkeit wird, die die notwendigen Körperkräfte zur gesunden Entwicklung entbehren müssen, die sich froh und glücklich fühlen, wenn sie sich einmal satt essen können? Wie sollen sie den schweren Lebenskampf bestehen, wenn sie in ihren jüngsten Jahren an Leib und Seele gerührt und zerrüttet sind?

Eltern und Genossen, auch erwächst aus diesen Tatsachen eine ernste, heilige Pflicht den Kindern gegenüber. Es ist vielen Eltern wohl nicht möglich, selbst ihre eigene Familie nur einigermaßen gesund und ohne wesentliche Schwierigkeiten zu erhalten, doch gibt es immer noch eine ganze Anzahl von Familien und Genossen,

Muster gelten sozusagen als Gelegenheitsarbeiter und werden teilweise von den Behörden nicht erfasst; den armen Leiermann mit seinen großen Kasten nagelt man aber fest.

Die wenigsten Breslauer Drehorgelmeister haben einen eigenen Musikapparat. Sie werden vielmehr von sogenannten General- und Kleinpächlern mit Leierinstrumenten versorgt. Die Großpächter haben einen Bestand von 30 bis 70 Orgeln, ihre bescheideneren Kollegen fangen mit dem Besitze von drei Leierkästen an, wer zehn hat nennt schon einen lebhaften Betrieb sein eigen. Ein Leiermann, der auf seine Kosten kommen will, muß fleißig seine Höfe besuchen, die Paßt für ein Leierinstrument beträgt wöchentlich sechs bis acht Mark. Moderne Apparate mit „Schlagern“ auf der Walze werden vom Verleiher sogar nur gegen 12 Mk. Gebühr pro Woche abgegeben.

Reichlich bilden die Breslauer Drehorgelmeister nach ihren Kollegen in Dänemark, dem Paradies der Leierkassenzunft. In Kopenhagen sind dreißig Konzessionen für Drehorgelmeister ausgeschrieben. Keine mehr und keine weniger wird erteilt. Diese dreißig „Hofmusikanten“ sind wohlangelehene, behäbige Bürger, die ihr Gewerbe taum mit einem anderen vertauschen würden. Die Konzession kann sogar vom Inhaber der Witwe oder der Nachkommenschaft vererbt werden; sie ist aber nicht veräußerlich. Stirbt einer der konzessionierten Drehorgelmeister in Kopenhagen, so rückt aus einer langen Liste von Vorgesetzten ein anderer an seine Stelle. Außer den Kopenhagener „Hofmusikern“ gibt es in Dänemark noch sogenannte Wandermusikler. Diese stellen sich eine Reiseroute durchs ganze Land auf, und sind mit ihrem Kasten auf ein Jahr und länger auf der Reise. Die Behörde statet sie für sämtliche Ortlichkeiten, die besucht werden sollen, mit Erlaubniszettel aus, und mit einem stattlichen Bündel zieht der Glückliche los. Vor dem Kriege und auch noch bis in die letzte Zeit war und ist Deutschland der Lieferant von Leierkästen und großen Orgeln für die ganze Welt gewesen.

In Waldkirch in Baden ist der Hauptsitz der Industrie großer Apparate. Hier fertigen vier Fabriken fast sämtliche Länder der alten und neuen Welt mit ihren Instrumenten. In den letzten Jahren wird allerdings in Amerika der Bau von Orgeln ebenfalls sehr stark betrieben. Über die anderen Staaten sind noch sehr gute Abnehmer für Exportware. Leierkästen werden hauptsächlich in Berlin gebaut; ein neues Instrument kostet etwa 900 bis 1200 Mark.

Das Drehorgelspiel ist für den, der keine Sache versteht, übrigens ganz einbringlich. Das geht aus folgendem hervor: Bei Reparaturen an Drehorgeln müssen bestimmte Vorkosten imangehalten werden. Wenn sich nun der Orgelbauer mit seiner Arbeit verspätet, stellen die Leiermänner zuweilen ganz beträchtlich hohe Erlassansprüche und behaupten, zu bestimmten Zeiten gingen ihnen 20 bis 30 Mk. Tagesentnahme verloren. Sicherlich verdient kein Breslauer Drehorgelmeister in der heutigen Zeit so viel am Tage, aber unbefreitbar gibt es einzelne Höfe, Geschäftshöfe, wo die Fünf- und Zehnpfennigstücke von oben herunter nur so regnen.

Einzelne findige Köpfe sind auch schon mit einem Radiolautsprecher durch die Höfe gegangen und haben billiges Radiogerät gemacht. Der „Radioleiermann“ ist dabei freilich an die Sendezeiten gebunden, während der reguläre Leiermann von der Radiolendstelle in Arietern völlig unabhängig ist.

Das moralische Verhalten des Bekehrten.

Was das Breslauer Gewerbegericht von ihm verlangt.

Wir berichteten vor einiger Zeit von einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht, in der ein kaufmännischer Lehrling mit seiner Lehrvertragsangelegenheit wurde, weil er den „beglaubigten Verdacht eines unmoralischen Lebenswandels“ nachzuweisen habe und stellen bereits damals fest, daß dieses Urteil in mehr als einer Hinsicht anfechtbar erscheine. Die uns nunmehr vorliegende schriftliche Urteilsbegründung geht aber über die mündlich gegebene in der Bewagtheit ihrer juristischen und moralischen Konstruktion noch erheblich hinaus. Wie hatten es daher für erforderlich, sie zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

die ein auskömmliches Dasein führen. Wir können nicht erwarten, daß uns die Negierungen unseres Klassenstaates für unsere Kinder viel helfen werden. So lange der Kapitalismus besteht, wird auch das Massen-Kinderelend vorhanden sein. Daß auch die Regierung im Ernst nicht daran denkt, das Kinderelend zu mildern, hat uns wieder der Haushaltssetz von 1927 bewiesen. Sie hat es fertig gebracht, von den fünf Millionen, sage und schreibe fünf Millionen (im Gegenjah zum 700-Millionen-Reichwehretat), die in dem vergangenen Jahre für Kindererziehung eingesetzt waren, dieses Jahr noch eine Million zu streichen. Eine Million spare man an der dürftigen Schulpflicht, die aus einem Töpfchen Kakao, einer Semmel oder einer Wechsluppe besteht. Es gibt keinen Ausdrück für diese Brutalität der Regierungsparteien. Die Arbeiterkinderfreunde haben nun die Möglichkeit, unseren Kindern ein gelundes und frohes Weefende zu schaffen, indem sie große Zelte aufschlagen, in denen unsere Kinder Sonnabend in der frischen und prächtigen Natur angeteilt nützlich können. Sie ziehen am zeitigen Sonnabend hinaus in die Weite und lassen ihre Glieder im Glanze der Sonne, in frischer, gelunder, sauerstoffreicher Luft bis Sonntag nachmittag zum Heimwege fröhlich tummeln. Es werden dadurch viele gesundheitliche Schäden und Schlägen beseitigt, der Körper kann neue Kraft gewinnen, die zur Genesung notwendig sind. Die Kieler Kinderrepublik, die in den großen Zelten vom 16. Juli bis Mitte August bestehen wird, in der 2000 Kinder in 150 Zelten vier Wochen freudig in Kindergemeinschaften ihre Zelten verleben, wird beweisen, daß das Zeltlager ein guter Ausweg aus der gesundheitlichen Not unserer Kinder ist. Neben den vielen gesundheitlichen Vorteilen birgt es auch noch eine Fülle erzieherischer Werte. Die hauptsächlichsten Eigenschaften, die zur Bildung des Klassencharakters notwendig sind, wie Verantwortung, Pflichtgefühl, Kameradschaft und solidarische Handeln, werden aufs beste gepflegt und gefördert. Am Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr, findet von den Arbeiterkinderfreunden ein Lichtbilderportrat im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses statt, der sich „Das Kibbo Kiffi-Zeltlager“ bezieht. Genossin Simmel wird uns über die gesundheitliche Not und über das Leben und Treiben der Kinder im Zeltlager erzählen. Der Eintritt ist für Erwachsene 25 Pfennige. Nachmittags um 5 Uhr findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses der Lichtbildervortrag für die Kinder statt. Der Eintritt für sie beträgt 10 Pfennige.

All ihr Eltern, die ihr ein wenig Liebe für unsere Kinder habt, kommt recht zahlreich. Der Vortrag ist von großem Werte für euch und eure Kinder. Wer ferner noch in der Lage ist, uns finanziell zu den Zelten zu verhelfen, der möge es so gut, wie er es kann, ausführen. Laßt die Kinder unserer Klasse nicht im Stich. Wollt ihr ein kampfesfreudiges, gelundes, überzeugungstreues Geschlecht, so helft wie ihr könnt. Zahlungen und Spenden bitten wir unter Zeltfonds auf Nr. 5327 des Sparkontos der Arbeiterkinderfreunde bei der Arbeiterbank einzuzahlen. Elternverein der Arbeiterkinderfreunde.

„Der Klageanspruch hängt davon ab, ob die Beklagte den Kläger fristlos entlassen hat. Diese Frage war zu bejahen. Zwar kann die Diebstahlsangelegenheit dem Kläger nicht zur Last gelegt werden. Mehr als ein bloßer Verdacht läßt sich gegenüber dem Kläger in dieser Beziehung nicht aufrecht erhalten, und keinesfalls sind die vorhandenen Indizien so stark, daß seine Täterschaft als erwiesen angesehen werden könnte. Der Besitz eines Dietrichs, von dem bestritten ist, ob er überhaupt für Geldloketten brauchbar ist, kann als ein schlüssiges Beweismittel unter den obwaltenden Umständen noch nicht angesehen werden.

Andererseits ist das Gericht zu der Überzeugung gelangt, daß der Kläger gegen den § 7 des Lehrvertrages verstoßen und dadurch seine Entlassung verschuldet hat. Die Beweisaufnahme hat zwar nicht ergeben, daß der Kläger strafbare Handlungen im Sinne des § 175 Strafgesetzbuch begangen hat. Es steht aber fest, daß der Kläger ständig in einem objektiv verurteilten (in der Verhandlung wurden lediglich Behauptungen aufgestellt. Red.) Lokal verkehrte, in welchem homosexuelle Männer und Frauen ebenfalls als Gäste aus- und eingingen. Wenn der Kläger in seinem jugendlichen Alter immer wieder ein solches Lokal, das von seiner Wohnung sehr weit entfernt ist, an Wochen- und Sonntagen aufsuchte, brachte er sich damit durch eigenes Verschulden (!) in den schlechten Ruf, selbst ein freiwilliges — passives — Opfer der Päderastie zu sein. (!) Dieser Verdacht wird obneides durch den persönlichen Eindruck des Klägers, insbesondere sein mädchenhaftes Aussehen und vornehmnes Wesen (!) hervorgerufen. Für diesen Eindruck kann der Kläger selbstverständlich nicht verantwortlich gemacht werden, er begründet lediglich eine Vermutung, die gänzlich irrig sein kann. Verantwortlich ist aber der Kläger, wenn er diesen Verdacht rücksichtslos (in Frage kommt lediglich der Caféschuh. Red.) durch sein Verschulden, insbesondere seinen Verkehr in derartigen Lokalen, verstärkt und für die Außenwelt offenbar macht. Unter solchen Umständen kann nach der Überzeugung des Gerichtes, auch seiner sachkundigen Richter, den Inhabern eines Genußmittelgeschäftes nicht mehr zugemutet werden, den Lehrling weiter zu beschäftigen und auszubilden. Die Klage war daher unter Berücksichtigung von § 91 ZPO. abzuweisen.“

Mit dieser geradezu ungeheuerlichen Begründung stellt das Gewerbegericht sich auf den Standpunkt des Beklagten, der in der Verhandlung erklärte: „Ein Lehrling hat überhaupt nicht in der Cafés zu gehen.“ Ein Verdacht, der selbst, wenn er begründet wäre, unseres Erachtens nicht dazu berechtigen darf, junge Menschen aus der geregelten Berufsbildung zu reißen und dadurch vielleicht erst auf eine Bahn zu weisen, die ernste sittliche Gefahr bedeutet, wird hier als genügend angesehen, um den beklagten bestrittenen, das heißt nur in besonderen Fällen vor Ablauf auflösenden Lehrvertrag aufzulösen. Es ist offenbar, daß das Gericht sich weniger von objektiver Beurteilung als von Gefühlsmomenten hat leiten lassen, die verständlich sein können, aber hier zu sozial wie juristisch bedenklichen Folgerungen geführt haben. Nach der grundsätzlichen Auffassung dieses Urteils wird bei Lehrvertrag eines Mädchens anzuziehen sein, wenn es mit einem Burken spazieren geht oder ein Lokal besucht, das, nach nicht ermessener Auffassung des Gerichtes, in mehr oder minder gutem Ruf steht. Das Groteske solcher Auffassungen erhellt sich, wenn man sich den gleichen Maßstab umgekehrt angewendet denkt. Würde das Breslauer Gewerbegericht auch einen Arbeitnehmer für berechtigt halten, aus dem außerordentlichen Verhalten des Arbeitgebers ähnliche rechtliche Folgerungen zu ziehen? Wir möchten das stark bezweifeln und hoffen, daß die Berufungsinstanz den Fall in einem anderen, der persönlichen Freiheit des Arbeitnehmers mehr Rechnung tragenden Sinne überprüft.

Mit 78 Jahren auf der Anklagebank.

Die bisher völlig unbestrafte 78 Jahre alte Bedienungsfrau O. Rand steht vor dem Großen Schöffengericht, um sich wegen fahrlässigen Tötens des 10-jährigen Kindes zu verantworten. In einer Ehefrau hatte die alte Frau unter ihrem Eide ausgesagt, daß die beklagte Ehefrau vom September bis Dezember 1924 fünf Jahre Kinder in die Obhut einer anderen Frau gegeben habe. Wie darin aber später festgestellt wurde, kam die von der alten Frau beschworene Zeit nicht in Betracht, sondern es

handelte sich um das Frühjahr des besetzten Jahres. Das Gericht sprach aber die Angeklagte frei, indem es betonte, daß aus dem Protokoll der betreffenden Sitzung nicht ersichtlich sei, ob sich die Aussage der Frau U. auf die Zeit vom September bis Dezember beschränkte. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Blindenzelder unterschlagen.

Eine recht verwerfliche Tat wurde am Montag vor dem Großen Schöffengericht akteuriert. Angeklagt wegen Untreue, Unterschlagung und Urkundenfälschung war der frühere Blinden-Überlehrer an der Schlesischen Blindenanstalt auf der Aniesstraße, Albrecht Kühne. Er hatte die Beiträge und sonstigen Gelder, die zur Unterhaltung der Anstalt einfließen, verwaltet und hat sich in dieser Eigenschaft der Unterschlagung von 14 bis 15 000 Mark schuldig gemacht. Die Unredlichkeiten, die schon Jahre hindurch von ihm begangen wurden, verdeckte er durch falsche Eintragungen und indem er Rasuren in den Büchern und Belegen vornahm. Das unterschlagene Geld hat er restlos neben seinem Gehalte, verbraucht, denn er soll recht noble Pastionen gehabt haben. Das Gericht ging bei Abmessung der Strafe über den Antrag des Staatsanwaltes noch um drei Monate hinaus und erkannte auf ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, weil er durch seine Veruntreuungen die bedauernswertesten Menschen, die Blinden, schädigte.

Wer ist ein Halsabschneider?

Herr Konstantin von Heine hatte einen Rechtsanwalt einen Halsabschneider genannt. Deshalb mußte er sich am Montag vor dem Kleinen Schöffengericht wegen Beleidigung verantworten. Es war eigentlich recht unverständlich, weshalb Heine den Rechtsanwalt Halsabschneider nannte; denn der Zivilprozeß, in dem diese beleidigenden Worte gegen den Rechtsanwalt gefallen waren, drehte sich darum, daß Heine die von ihm geforderten Webersachen verweigert wurden; denn Heine hatte für ein Darlehen 120 Prozent Jahreszinsen verlangt, und da er diese nicht bekommen sollte, ruft er dem gegnerischen Anwalt zu: „Sie sind ein Halsabschneider!“ Es wäre hier eine interessante Preisfrage: „Wer ist der Halsabschneider?“ Der betreffende Rechtsanwalt konnte sich natürlich diese schwere Beleidigung nicht gefallen lassen und er stellte Strafentwurf. Heine verlegte sich aufs Reugnen, obgleich er die beanstandeten Worte bei seiner ersten Vernehmung zugegeben hatte. Das Urteil gegen ihn lautete auf 100 Mark Geldstrafe. Das Gericht stand ebenso wie der Nebenkläger auf dem Standpunkt, daß es im Interesse des Anwaltsstandes liegt, daß derartige Beleidigungen nicht ganz milde bestraft werden dürfen.

Selbstmordversuch während der Gerichtsverhandlung.

Vor einigen Monaten berichteten wir, daß der Kraftwagenführer Alfred Kapuße wegen widerrechtlicher Anwesenheit vor dem Großen Schöffengericht zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden sei. Im November v. Js. war er verhaftet worden, als es ans Tageslicht kam, daß er unerlaubte Beziehungen zu drei Schülern einer Privatschule im Alter von 15 bis 17 Jahren unterhalte. Die drei Schüler, die mitangeklagt waren, erhielten Gefängnisstrafen von 1, 2 und 4 Monaten. Al. hatten Berufung eingelegt, mit der sich am Montag die Große Strafkammer zu beschäftigen hatte. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Staatsanwalt hatte beantragt, die Berufung zu verwerfen. Während sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen hatte, brachte sich Kapuße mit einer Rasierklinge einen Schnitt in den linken Unterarm bei, so daß er einen erheblichen Blutverlust erlitt. Nachdem ihm die Wunde verbunden und der Arm abgebunden worden war, veränderte der Vorlesende, daß das Gericht das Urteil der ersten Instanz aufgehoben und gegen Kapuße die Strafe auf 2½ Jahre Gefängnis festgesetzt habe. Die drei jungen Burken wurden freigesprochen. Kapuße wurde jodann dem Lazarett des Untersuchungsgefängnisses zugeführt.

Ein Nachwort zum Lichtbildervortrag am 21. Juni, veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfreunde.

Uns wird geschrieben: Ich habe mich herzlich darüber gefreut, daß ich am vergangenen Dienstag vor Kinderfreunden sprechen konnte und noch mehr darüber, daß ich so viel Verständnis fand für die wichtige Frage der alkoholischen Erziehung der Jugend vom ersten Augenblick ihres Lebens an. Wer es wahrhaft ernst und gut mit der Jugend meint, kann freilich gar nicht anders eingestellt sein; das ist uns am Dienstag wohl allen wieder beiläufig zum Bewußtsein gekommen. Ich hoffe, daß ich noch oft Gelegenheiten haben werde, mit meinen Kinderfreunden über diese wichtigen Wahrheiten zu sprechen. Ist es ja doch mein Amt, Aufklärung zu tragen in alle Kreise, Volksschulen, Berufsklassen, Niedererschleien, die ich erreichen kann, vor allem in die Jugend selbst, und so zu helfen, daß schließlich die furchtbaren Spätwirkungen verschwinden, die der Alkoholismus in unserem Volke, auch schon in der Jugend, anrichtet. Lehrerin für alkoholfreie Jugendberziehung nenne ich mich und leiste meine Arbeit im Auftrage des Landesjugendamtes von Niederschlesien, das sich neben vielen anderen Aufgaben schon seit Jahren nachdrücklich für die Bekämpfung des Alkoholismus einsetzt. In der Ankündigung meines Vortrages in diesem Blatt hat sich wohl ein Druckfehler eingeschlichen. Ich war dort Lehrerin für freie Jugendberziehung genannt. Die Leser werden sich unter dieser Bezeichnung nichts Genaueres vorstellen können, und so glaube ich es ihnen schuldig zu sein, hier noch einmal beiläufig und klar von meiner Arbeit zu berichten. Aller Jugend gilt mein Wirken, sei sie reich oder arm, und wo immer ich wahre Kinderfreunde, Jugendfreunde, finde, die dem gleichen Ziele zustreben wie ich, bin ich froh darüber und dankbar dafür.

G. Raschke, Lehrerin für alkoholfreie Jugendberziehung beim Landesjugendamt Niederschlesien.

Freiheitsberaubung wegen Verweigerung der Ueberstunden.

So etwas gibt es auch, und zwar in Breslau. Dort haben bei der Firma A. & S. die Arbeiterinnen die Ueberstunden verweigert mit der Begründung, sie möchten nicht früher Ueberstunden, bis ihre Söhne im Rahmen des Tarifs geregelt seien. Bei der Firma herrscht zurzeit Hochbetrieb, daher Ueberstunden sind unerlässlich. Eine entsprechende Bezahlung gewährt die Firma natürlich nicht. Als die Arbeiterinnen nach unständiger Arbeitszeit den Betrieb verlassen wollten, war plötzlich das Fabriktor verschlossen und der Portier hatte Anweisung, keine Arbeiterin vor Ablauf der Ueberstunden herauszulassen. Erst nach energischem Protest bequeme man sich dazu, die Tore zu öffnen. Ueberstunden, Ueberstunden ohne entsprechende Bezahlung, und dann noch Freiheitsberaubung — wahrhaft paradiesische Zustände für die Unternehmer!

Vorhut im Verkehr mit Eis!

Durch Untersuchungen im Reichs-Gesundheitsamt ist festgestellt worden, daß das zu wirtschaftlichen Zwecken in den Handel kommende Eis, insbesondere das aus Böhmen und Mähren gewonnene Eis, selbst bei gutem Aussehen, in ihrer Entstehungsgeschichte nicht veränderter, gesundheitsgefährliche Keime enthalten hat. Es ist dadurch wahrscheinlich geworden, daß häufig beobachtete Krankheiten nach dem Genuß eisgefählter Getränke, welche durch Eiswürfeln von Eiswürfeln geföhlt werden, weniger durch die Kälte des Getränkes, als durch die im Eis vorhandenen Krankheitserreger verursacht werden sind. Derselben Krankheit können durch den Genuß solcher Nahrungsmittel, zum Beispiel Butter, die auf solchen Eise geföhlt wurden, entstehen. Vor dem Genuß von Getränken und anderen Nahrungsmitteln, welche in der vorerwähnten Weise mit Keimen geföhlt sind und infolge dessen gesundheitsgefährlich sein können, wird deshalb hiermit gewarnt.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 36, Telefon: Obli 3652. Bezirksleiter und Kolonnenführer. Die neuen Mitgliederlisten sind umgehend im Büro abzugeben. 2. Abteilung, Dienstag abends 8 Uhr wichtige Mitgliederversammlung bei Daniel, Neuhofweg, Tagesordnung: Sammlung. Alles erschieht. Jungesetzliche Gruppe Sonntag 6 Uhr: Morgen abends 20 Uhr in der Bendorfschule Fortsetzung unserer Arbeitgemeinschaft. Leiter: Genosse Krumpholtz. Punkt 19.30 Uhr kommen die Funktionäre zusammen. Kapitalarbeitersgruppe Sonntag 10.30 Uhr in der Margaretenerschule. Gruppe Schaner und Streichler 10.30 Uhr in der Margaretenerschule. Gruppe Fortsetzung unserer Arbeitgemeinschaft. Leiter: Genosse Pech.

Freiwerkschaftliches Jugendkatech. Vorträge, abends 8 Uhr. Heute sind wir um 10 Uhr auf der Feldenbahnstraße (Vde Max- und Margaretenstraße). Unser Handball ist zur Stelle und wir werden bei guter Beleuchtung das „Ballspiel“ lernen. Bei schlechtem Wetter sind wir im Gastezimmer.

Sozialistische Arbeiter-Jugend. Unsere Holzschrotenversammlung der Ortsgruppe findet am Freitag, den 1. Juli, in der Aula der Bendorfschule am Neuhofweg pünktlich 20 Uhr statt. Tagesordnung: 1. Aufgeben der sozialistischen Arbeiterjugend. Referent: Genosse Dillig. Berichte: Geschäftsbericht: Genosse Krumpholtz, Kasienbericht: Genosse Bindig. Aussprache, Wahlen und Anträge. Verschiedenes. Eintritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches oder Aufnahmebeschein. Sonstige Ausweise haben keine Gültigkeit. 2. Sitzung, Dienstag, 20 Uhr, Mädelabend in der Fitzschenschule. Thema: „Die Frau in der neuen Gesellschaft“. Leiterin: Genossin Einmühl. 3. Heim 2. Wir treffen uns bei schönem Wetter nicht bei Kademacher, sondern um 19.30 Uhr am Stand des Freizeitspiels. 4. Heim 5 und 6. Bei schönem Wetter treffen wir uns um 19.30 Uhr am Westpark und gehen von dort auf eine Weite zu Kufensteinen.

Bund der Freidenkerjugend. Heute abends 20 Uhr spricht A. Behrendt über: „Henry Ford“. Gäste sind willkommen.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute, Dienstag, 8 Uhr, verabschiedet sich Erika Stoh als Marie in Donizettis komischer Oper „Die Regimentskammer“ von dem Breslauer Publikum. Die übrigen Hauptpartien des Wertes sind mit Margta Neß und den Herren Baron, Koller und Witzkeim besetzt. Am nächsten Sonntag das Langmädchen „Der Joubert“ von Hans Grimm mit Helga und Inge Söwleub, Eugie Kalle, Wilhelm Zeiler sowie dem gesamten Ballett und Gesangschor zur Aufführung. Bitterfeldertheater. Täglich 8¼ Uhr die neue Revue der Bühnenentasteten „Verbotene Abenteuer“. „In der Bademann“. „Mensch-ler“. „Herzhaft“. „Der herrliche Ordnung“. „Hilf! Ueberfallkommando!“ sowie „Geld der Volksversammlung und Amis indische Wunder“. Bitterfelderlauf nur gegen Revers.

Bereinstalender.

Musikische Gemeinde, Grünstraße 14/16. Mittwoch, den 29. Juni, um 20 Uhr Vortrag. Redner: Dr. Georg Kramer. Thema: B. Shaws Drama „Androllus und der Löwe“. Eintritt frei. Gäste willkommen. 3. U.: Der Vorstand. Dies gegen soziale Unterdrückung. Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr, in Bäckers-Hof, Gohlstraße 2, öffentliche Kundgebung. Es sprechen erstens Nationalrat Dr. Gierke und 2. Berlin über die Bedeutung des Büchseler Weltkongresses gegen soziale Unterdrückung. Zweitens K. A. R., Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung. Vertreter des allindischen Nationalkongresses in Europa. Thema: „Indien, China und der drohende Weltkrieg“.

Bürokratische Anekdoten.

Das abgetürzte Verfahren.

Für die Reise nach Tirol mußte der Vater für die noch nicht mündige Tochter auf die Rückseite des Ausweises seine Erlaubnis vermerken. Der Beamte verwechselte beim Ausstellen die Scheine und schreibt den Namen der Mutter auf den Schein, der die väterliche Genehmigung enthält. Beim Ausschreiben des Scheins für die Tochter merkt er das Versehen. Kurz entschlossen, zur Vermeidung einer Verzögerung, erklärt er: „Wir schreiben halt drauf: „Die Erlaubnis für die Tochter befindet sich auf der Rückseite der Mutter!“ Und so geschah es.

Häckselbau.

In einem 1922 von einem Finanzamt verschickten, mit „Muster 22 bzw. gek.“ bezeichneten Vordruck, wird unter V. Auskunft verlangt, wieviel Winterweizen, Sommerweizen usw., Heu, Stroh, Häcksel im vergangenen Kalenderjahre angebaut sind. Unter b) Obstbau aber wird verlangt, nicht nur die Anzahl der Äpfel, Birnen, Pflaumen und Nußbäume usw., sondern auch der Beerensträucher, und von allen diesen soll das Alter angegeben werden.

Aus Amerika.

Die Behörden des Staates Indiana glauben, ein Mittel gegen Autounfälle gefunden zu haben. Jeder Autofahrer, der einen Fußgänger überfährt und tödt, wird gezwungen, eine Stunde im Leidenhaus allein mit seinem Opfer zu verbringen. Man ist der Ansicht, daß dieses Zusammensein den Fahrer veranlassen wird, die vorgeschriebene Geschwindigkeit nicht wieder zu überschreiten und überhaupt sehr vorsichtig zu fahren.

Feiner Stil.

In einem Strafbefehl über 20 Mark, den ein Einwohner Kreuznach erhielt, hieß es: „Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Sie des Vergehens gegen die viehschuttpolizeilichen Anordnungen betr. Abwehr und Unterdrückung der Tollwut des Landrats in Bad Kreuznach vom 10. 2. 1925.“

Das vielseitige Pferd.

In der Sammlung der Gesetze und Verordnungen der tschechoslowakischen Republik (Nummer 44 vom 13. Mai 1922) findet sich folgender Satz: „Unter dem Namen Pferd versteht man auch das Maultier, den Maulesel und den Esel.“ Diese Weisheit ist von 14 Ministern unterschrieben.

Freiwillige vor!

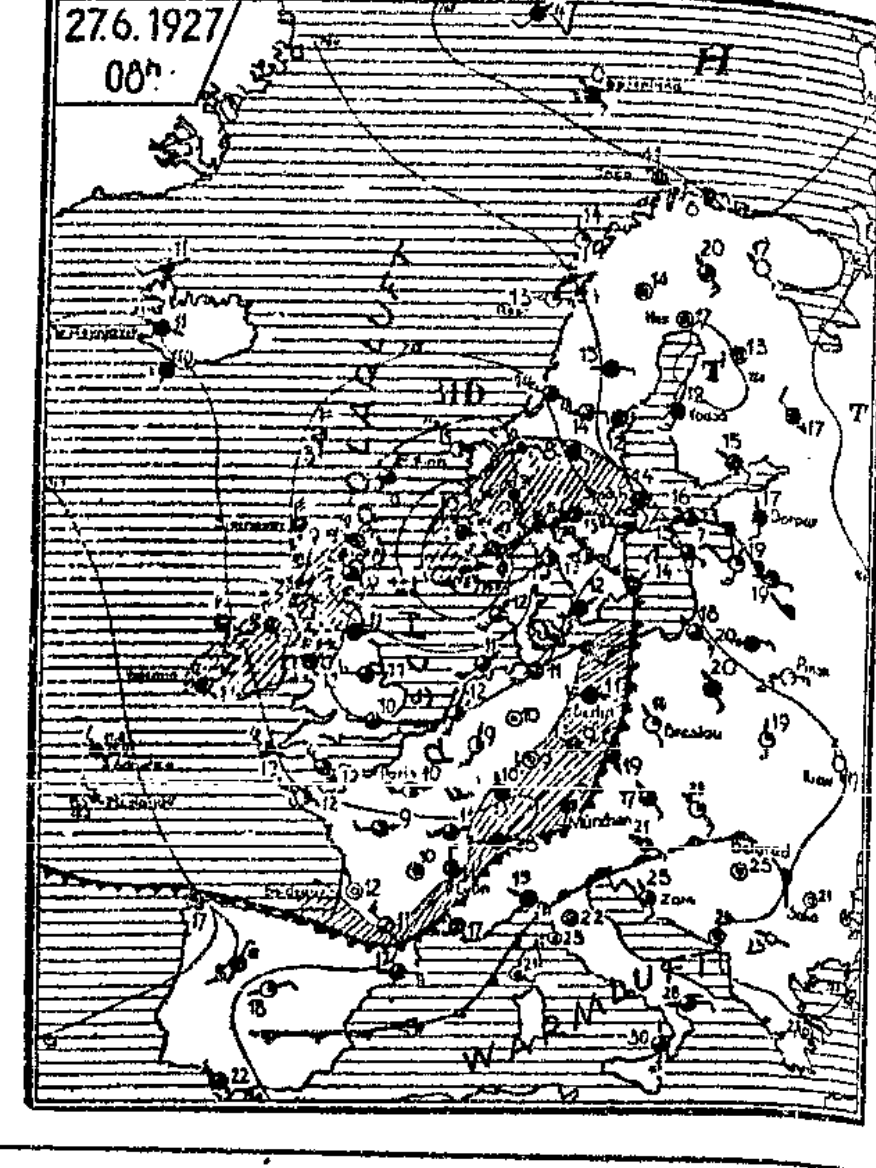
Aus der Rangarder Strafanstalt waren 21 Strafgefangene entlassen und hatten dabei die ihnen bei der Aufnahme genommenen Kleidungsstücke usw. zurückgelassen. Da nun nach dem Gesetz niemand, und sei es selbst der Staat, berechtigt ist, fremdes Eigentum zu behalten, forderte der Direktor der Anstalt in einer öffentlichen Anzeige die Häftlinge auf, sich zum Empfang der Sachen zu melden. Als Meldedfrist ist der 1. Dezember 1925 gesetzt.

Das humorvolle Finanzamt.

Das Finanzamt Lüneburg veröffentlicht folgendes „Eingekommen“ in allen Lüneburger Zeitungen: „An alle Einkbrer von Lüneburg und Umgegend! Liebe Einkbrer! In der Nacht vom 18. zum 17. dieses Monats hat sich einer unserer Jungstgenossen die Nase gemacht, im Finanzamt Lüneburg eingebrochen. Zwei hübsche Zehnerscheiben, durch die die Frühlingssonne jetzt immer schon so warm hindurchströht, hat er lapidar gemacht! Zwei alte Türschloßer, die dem Hauje, als es noch ein wackliges Lazarett war, schon lange Jahre brav und ehrlich gedient haben, hat er zerbrochen; und dann hat er mit vieler Mühe und einer Kraftanstrengung, die eher einer besseren Sache würdig gewesen wäre, die schöne Tür zum Trezor im Kellerzimmer erzwungen gemacht. Nur dem hübschen Geldschrank, den er im Trezor fand, hat er dann Halt gemacht und ist, wahrheitsgemäß jetzt mitzuzum, über die so unruhig verdrachte Nacht wieder nach Hause gegangen. Aber, liebe Einkbrer, es war gut, daß das arme Kerlchen sich nicht noch mehr Arbeit oder etwa gar Unkosten mit Sauerhaff gemacht hat. Denn ich will es als alle Menschen dürfen nie mehr als alles, allerhöchstens 50 Mark liegen! Alles andere Geld, das das hübsche Finanzamt keinen schimpfenden Rückgezug abruumt, wandert immer sofort ganz wo anders hin, weit weg, wo ihr doch nicht herankommt. In dieser bunnen Nacht waren nur 18 Mark im Kassen, und meistens sind es noch weniger. Also, liebe, gute Einkbrer, legt flüchtig die

Wintlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Reichen bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quotenangabe verboten). Das intensive Stillschauen, das am Sonntag in den Subentenschen herrschte, wurde beim Durchgang der Störungsfont 31 D am Montag beendigt. Der Einbruch kühler, mäßiger Westwinde wogte sich unter verweirtem Gewitter und gewitterartigen Regenfällen die Temperatur gingen allgemein etwas über der Norm. Zunächst dürfte es bei wechsellager Bewölkung noch immer einzelnen Schauern kommen. Aussichten für das nächste Wochenende und Mittwochsabend: Bei zeitweiliger häufig aufsteigendem Südwestwinde wogte, einzelne Gewitter, etwas kühler. Aussichten für das nächste Wochenende: Bei häufiger westlicher Wind, meist neblig-trübe, zeitweilige Regen, kühler.



Zwar kein Gehälter unter Norm, Befolgung harri noch der Reform in Reich, Staat u. Gemeinde — doch schimpft nicht, Freunde, haltet aus, sohr zum Johannistfest hinaus: Macht Frohsinn auch zum Fremden!

Fensterheben und Schlösser vom Finanzamt heil!

Beim Finanzamt lohnt sich das Einbrechen wirklich nicht! Mit herzlichem Gruß: Der Leiter des Finanzamts Lüneburg.

Der Herr Landrat kommt in eine kleine Stadt und sucht...

Der Herr Landrat kommt in eine kleine Stadt und sucht, von einer riesigen deutschen Dogge begleitet, den Gymnasialdirektor auf, findet ihn aber nicht in seinem Amtszimmer und beauftragt einen der gerade herumstehenden Primaner, er möge doch den Herrn Direktor von seiner Anwesenheit benachrichtigen. Der Angeredete entledigt sich seines Auftrages mit den Worten: „Herr Direktor, Sie werden gewünscht. Vor Ihrem Amtszimmer stehen zwei hohe Tiere.“

Der Ratsdiener.

Der Ratsdiener Müller ist bald 50 Jahre im Dienst und soll mit Eintritt dieses Ereignisses in den Ruhestand versetzt werden. Der Bürgermeister nimmt ihn beiseite, und befragt ihn, was ihm als Gehaltsspende wohl besonders erwünscht sei. Da antwortet der bescheidene Müller: „Mir ist alles recht, Herr Bürgermeister, nur kein Vorbeerkranz, kein Orden und kein Denkmal!“

Der Standesamtsstift.

Ein Standesbeamter beauftragt seinen Stiff, zur Vervollständigung der Registratur von dem Standesamt in N. einen Geburtschein einzufordern. Der Stiff legt ihm darauf folgendes Schreiben vor: „Das Standesamt in N. eruche ich um Ueberlieferung eines Geburtscheines des am 16. August 1860 in N. geborenen K. N., der hier verstorben ist, um das Standesamtsregister zu vervollständigen.“ Und da sage noch einer, es gäbe keinen Opfermut mehr!

Der Bettler.

Ein „Monarch der Landstraße“ wird von einem sehr beleibten Oberlandjäger verfolgt, weil er gebettelt haben soll. Der Bettler gibt Fersengeld, der Jäger eilt hinterher. So geht die Jagd ein Stück Weges, bis sich der Verfolger ermüdet, und sich den Schwanz abtrocknend, am Grabenrand niederlegt. Hundert Meter weiter sieht der Bettler und wischt sich auch den Schwanz ab. Nach einiger Zeit beginnt die Verfolgung wieder. Das gleiche Ergebnis. Beide sitzen in bestimmter Entfernung im Straßengraben. Das Bild wiederholt sich noch einige Male. Da, als die Nacht etwas länger dauert, ruft der Bettler: „Nu, Herr Nachtmehschter, wolle mer wieder...“

Gewissen Kreisen ins Stammbuch!

Der evangelisch-soziale Kongreß hielt in Hamburg seine diesjährige Tagung ab. Darüber lesen wir: Professor W. Brandt, der Sozialist aber nicht Mitglied der Sozialdemokratie ist, schickte dem Kongreß die neuen Entwürfen des Sozialismus: Er hielt besonders auseinander die verschiedenartige Entwicklung in England, die in den Genossenschaften und im Kommunalsozialismus ihren ökonomisch-praktischen Ausdruck fand, und den kontinentalen politisch-theoretischen Sozialismus, von dem der Bolschewismus abstammt. Mit sehr hohem Respekt sprach der Redner von den Leistungen des Wiener Kommunalsozialismus. Er lagte, die Zwangselufigkeit im marxistischen System bedürfe der Breiter und Tandler (Finanzpolitiker und Wohlfahrtspolitiker Wiens), damit der Sozialismus Praxis werde. Nicht darauf komme es an, auf die Worte des Meisters Marx zu schwören, als aus jenem Geiste heraus zu leben und zu handeln. Der kontinentale Sozialismus habe immer Männer gehabt, die nicht nur auf die notwendige Entwicklung wachen wollten, sondern hinausgreifend handelten. Gerade jetzt werde sich der Sozialismus der Pflicht zur Gestaltung genauer bewußt.

Thiel Geld auf einmal sparen

Ist schwer! Aber Sie können leicht regelmäßig einen kleinen Betrag zurücklegen und auf die Sparkasse bringen. Bedenken Sie: Viele Wenig machen ein Viel!

Städtische Sparkasse zu Breslau.

Arbeiter-Sport.

An die Breslauer Arbeiterkassette!

Die Bundeswetbewerbe des Arbeiter-Turn- und Sportbundes beginnt am Mittwoch, den 29. Juni, mit einem Schauturnen auf rühmlich-amphibischen Grundlauge für das Mädchen- und Frauenturnen in der Turnhalle Brodamer und Dignitzer Straße, von 18 bis 21 Uhr. Auf dem Spielplatz an der Helmstraße wird ein Brodandabspiel im Fußball kombiniert 2. gegen 8. Abteilung ausgetragen. Das Spiel beginnt um 19 Uhr. Auf dem Spielplatz im Eichenpark und an der Rathenaubrücke finden gleichfalls Wetbewerbe aller Art statt. Am Donnerstag und Freitag werden weitere Werbewerbestellungen im Interesse der Verbände abgehalten. Turnen, Spiel und Sport sind Lebensbedürfnis gerade für die Arbeiterkassette. Darum kommt es uns auf die Wetbewerbe an, es kostet euch nichts. Die nächsten Werbewerbestellungen werden noch bekanntgegeben.

Der Fußballsport im Arbeiter-Turn- und Sportbund!

Die Arbeiter-Fußballbewegung hat in den letzten Jahren einen erheblichen günstigen Aufschwung genommen. Über 100 000 Fußballspieler sind im Reich organisiert. In vielen Orten Siedlungen werden jetzt eine Reihe von Werbestellungen abgewickelt, die der großen Major zeigen werden, daß die Arbeiterkassette in technischer Hinsicht führend sind.

Wir richten uns an die noch fernstehende Jugend, kommt zu uns in die Reihen der Arbeiterkassette, denn nur dort ist der Maß der Kopf- und Handarbeit, die Körperbewegung betreiben wollen nach dem Grundgesetz in einem gesunden Körper ein gesunder Geist. Viele unserer Arbeiterkassette befinden sich noch in der bürgerlichen Fußballbewegung, wo der Sport als Ablenkungs- und Sportanfertigung ertragen wird. Das darf nicht sein, denn neben dem Sport dürfen wir unsere Zugehörigkeit zu den Arbeiterorganisationen nicht vernachlässigen, sondern dort auch tatkräftig mitwirken. Deshalb Hand- und Kopiarbeiter, die ihr mitbestimmen wollen, neben dem Sport die Wetbewerbe zu haben, ihr gehört zu uns, weil wir ein Glied sind in der Kette der modernen Arbeiterbewegung. Und wir wenden uns an die Sportler, die schon jahrelang uns die Treue geschworen haben. Wirte jeder vor wie nach mit besten Kräften, die Fußballbewegung so auszubauen, wie es der Entwicklung dienlich ist.

Olympiade in Regal! Die Abfahrt ist am Sonnabend früh 8.12 Uhr. Die Eisenbahnfahrarten werden am Freitag abend von 8-10 Uhr abends im Gewerkschaftshaus ausgetragen. Am Mittwoch von 8-10 Uhr abends, also morgen, wird im Gewerkschaftshaus das Bahngeld bis 19.30 Uhr einbezogen. Zimmer siehe an der Tafel. Alle Teilnehmer bis zu 21 Jahren zahlen 8.15 Mk., wer über 21 Jahre ist, zahlt 9.30 Mk. Das Mitgliedsbuch jeder Sportorganisation mit der Photographie und dem Festausweis berechtigt zum freien Grenzübertritt. Die Festausweise werden morgen, Mittwoch, abends im Gewerkschaftshaus ausgeben. — Alle Photos vom „Rath“ und den Straßenläuten werden morgen im Gewerkschaftshaus ausgestellt.

Verteilung. In der gelblichen Sportbeilage hat sich bei den Rekrutanten ein Fehler ereignet. Und zwar muß es bei der 3x1000-Meter-Staffel für Männer heißen: 2. Freie Kanuvereinigung Breslau, e. V.

Freie Turnerschaft Breslau. Das Werbematerial ist von den Abteilungen bei Schmidt, Weichstraße 10, abzuholen. Die Werbestellungen sind wie bekanntgegeben bestimmt durchzuführen. Die Wetbewerbe, die noch besondere Werbestellungen im Interesse der Wetbewerbe durchzuführen wollen, müssen dies rechtzeitig bekanntgeben. Die 3. und 5. Mädchen- und Frauen-

abteilung halten das Schauturnen am Donnerstag, den 30. Juni, ab. Am Donnerstag Spielbetrieb der 1. Mädchen- und Frauenabteilung auf der Deidenbahnwiese. Das Schauturnen der Knaben- und Männerturner findet überall Freitag statt. Das Werbematerial muß von allen bald abgeholt werden.

Geräteausleih. Heute, Dienstag, nachmittags 5.45 Uhr, erheben von allen Männerabteilungen der Freien Turnerschaft, allen Vereinen des Athletenbests, sowie der Fußballvereine W.K., Süd, Wader und Rapid mindestens ein Vertreter am Konsumverein „Vorwärts“, Taubenbrunnstraße, zum Geräte-Ausleihtransport.

4. Schülzinnen-Abteilung F.T.S. Morgen abend 7.30 Uhr findet in der Uckerstr. Schule eine Elternversammlung statt.

Freie Kanu-Vereinigung. Mittwoch ist im Bootshaus Arbeitsdienst für alle Mitglieder. Donnerstag Nachmittags, Freitag, den 1. Juli, abends 20 Uhr, findet unsere Vierteljahresversammlung im Gewerkschaftshaus statt.

Arbeiter-Samariter. Dienstag, den 28. Juni, treffen sich alle weiblichen Mitglieder zum Massagetkurs im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Dowig. Aus der Partei. In der am Mittwoch, den 22. Juni, stattgefundenen Mitglieder-Versammlung sprach Genosse Werner-Breslau über das wichtige Thema: „Die Bedeutung des Arbeitsnachweises.“ Er betonte ganz besonders, daß das Mißtrauen, das weite Kreise der Arbeiterkassette gerade den öffentlichen Arbeitsnachweiser entgegenbringen, meist unberechtigt sei, da sie trotz der traurigen Lage des Arbeitsmarktes auch heute noch im Interesse der Arbeitnehmer zu wirken bemüht sind. Lebhafter Beifall lohnte die temperamentvollen Ausführungen des Redners. In der Diskussion wurde die Berufsberatung, die Lehrlingszüchterei in einigen Berufszweigen und die Stellungnahme der Gewerkschaften hierzu behandelt. Anschließend wurde darauf hingewiesen, daß Beifahrer zum Kreismitgliedsamt nur von Mietervereinigungen vorgeschlagen werden können. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Referats des Genossen Werner wäre allerdings ein viel besserer Besuch gerechtfertigt gewesen.

Altendorf. Sozialistische Arbeiterjugend. Heute, am 20. Juni, in der Schule: Lieberabend.

Hartlieb-Altendorf-Krieger. Freidenker für Feuerbestattung. Mittwoch, den 29. Juni, 20 Uhr (8 Uhr abends), findet bei Kramer in Hartlieb eine sehr wichtige Mitglieder-Versammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Ozeanflüge oder Himmelfahrt?“, Referent Genosse Pietsch-Breslau. 2. Wahlen zur Ortsgruppenleitung. 3. Verschiedenes. Jedes Mitglied hat zu erscheinen. Desgleichen laden wir alle Einwohner, welche bereits aus der Kirche ausgetreten sind oder austreten wollen, zu dieser hochinteressanten und wichtigen Versammlung hiermit noch ganz besonders ein.

Cawallen. SPD. Die Juli-Monatsversammlung findet nicht, wie üblich, am 2. Juli, sondern schon Freitag, den 1. Juli, statt. Lokal: Waser-Cawallen. Die Tagesordnung ist wichtig, deshalb zahlreicher Besuch erwünscht.

Hohlanowitz. SPD. Mittwoch, 29. Juni, abends 8 Uhr, findet in Dienthal bei Kreisler unsere fällige Mitglieder-Versammlung statt. Alle Parteigenossen und Genossen müssen zu dieser Versammlung erscheinen. Referent Genosse Schiffer.

Radwanitz. Silberhochzeit feiert heute Genosse Gustav Fey mit seiner Ehefrau. Genosse Fey und seine Ehefrau sind langjährige Mitglieder der Partei, sowie Referent der „Volkswehr“. Die Genossinnen und Genossen der SPD, Ortsgruppe Klein-Sägwitz, gratulieren dem Jubelpaar herzlich.

Neutich bei Breslau. Reichs-Arbeiter-Sporttag 1927. Die hiesige freie Sportgemeinde hat die Reichs-Wetbewerbe in die Zeit vom 4. bis 10. Juli gelegt. Alltäglich werden in besagter Woche leichtathletische, turnerische, sowie sport-rhythmische Darbietungen, Vorträge usw. steigen. Am Vorabend des Haupttages, dem 9. Juli, wird ein Fackelzug vom Aufschwung des Arbeiter-Sports Zeugnis geben. Ein hervorragendes Programm wird sich dem Auge bieten. Der Vorverkauf der Festabzeichen zum Preis von 50 Pf., erhältlich bei den Funktionären der Vereine, hat bereits eingeleitet. Partei-, Gewerkschaftsmitgliedern, am Vorabend der Turner und Sportler, Fahnen heraus!

Deutsch-Lissa. Mitglieder-Versammlung. Am 22. Juni fand die Mitglieder-Versammlung der Partei statt, in der Genosse Schiffer einen Bericht vom Kieler Parteitag gab. Die Tätigkeit des Parteitag wurde dadurch anerkannt, daß ohne Diskussion zum nächsten Punkt übergegangen wurde.

Ober-Stephansdorf (bei Neumarkt). Vom Bliz be-troffen. Wir werden gebeten, mitzuteilen, daß der Landwirt Seidel von hier nicht, wie gemeldet, beim Gutterhausen, sondern beim Heufappeln vom Bliz erschlagen wurde.

Neumarkt. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands (Ortsgruppe Neumarkt) hielt am vergangenen Sonntag nachmittags seine Monatsversammlung ab, die äußerst zahlreichen Besuch aufzuweisen hatte. Ueber die eingeleiteten Schritte um Erhöhung des Mitgliedsbeitrages berichtete der Vorsitzende. An Hand einer Uebersicht über die Fürsorgefälle für Kleinrentner, Sozialrentner und sonstige Hilfsbedürftige in den verschiedensten Bezirksfürsorgeverbänden zeigte der Referent, daß der Kreis Neumarkt mit einer derjenigen Verbände ist, die den niedrigsten Mitgliedsbeitrag aufzuweisen haben. Die Sozialrentner des Kreises Neumarkt erwarten, daß der eingeschickten Rechnung Rechnung getragen wird und glauben nicht, daß die mit dem 1. Juli in Kraft tretende geringfügige Erhöhung der Renten durch Steigerungsbeträge zur Entlastung des Bezirksfürsorgeverbandes benutzt wird. Von der Hinzurechnung des Kollegen Sprui als Mitglied des städtischen Sozialrentner-Ausschusses wurde Kenntnis genommen, desgleichen von der Kassenabrechnung für das erste und zweite Vierteljahr 1927. Beschlossen wurde, daß sich die Ortsgruppe am Kreis-Gewerkschaftsfest beteiligt und daß jedem am Umzug teilnehmenden Mitglied der Beitrag des Festabzeichens (30 Pf.) aus der Ortsgruppenkasse vergütet wird. Flugblattverteilung, Rechtsausfragen und Ausklärung über eventuelle Inanspruchnahme der Verbands-Sterbefälle bei eintretenden Sterbefällen bildeten den Schluß der Versammlung, worauf der Vorsitzende Anfragen und Auskünfte erstattete.

Auf dem Heimwege von der Arbeitsstätte verschied plötzlich durch Unglücksfall unser lieber Kollege

Paul Reichelt

im Alter von 41 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen der Freiwilligen Beerdigungsbildung der Schweißerei-Patzschke-Brauerei-Aktien-Gesellschaft Abteilung V — Breslau 10.

Beerdigung: Dienstag, den 28. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Halle II der Elisabeth-Gemeinde, Gräbschen. 8540

Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands.

Am 23. Juni, nachm. 5¹/₂ Uhr, verunglückte tödlich unser Kollege

Paul Reichelt

im Alter von 40 Jahren.

Unserem langjährigen Mitglied wird ein ehrendes Andenken bewahren Der Ortsverein Breslau.

Beerdigung: Dienstag, nachm. 3 Uhr, von der Halle der Gierh'schen Kapelle (Gräbschen) aus. Trauerhaus: Messergasse 1. 5536

Am 25. Juni, 14³/₄ Uhr, verschied plötzlich und unerwartet, infolge seines Kriegseidens, mein lieber Mann, unser treusorgender Vater

Max Quiel

im Alter von 49 Jahren.

Breslau, den 26. Juni 1927. Gendamer Straße 7. 514

Im tiefsten Schmerz:

Maria Quiel, geb. Kranz

nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. Juni, nachm. 13 Uhr, im Krematorium in Gräbschen statt.

Am 25. Juni verschied unser Mitglied, der Bote

Max Quiel

im Alter von 49 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Genossinnen u. Genossen des Distrikts II der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Ortsgruppe Breslau.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. Juni, nachm. 13 Uhr, im Krematorium in Gräbschen statt. Trauerhaus: Gendamer Straße 7. 515

Fahrräder: Borchs, Bismarck, Brandt, Kaiser, Schwarz-Bel-Gold, u. a. Marken

Zubehör: Reparaturwerkzeuge, Ersatzteile, Verordnungen, Ersatzteile, Ersatzteile, Ersatzteile

Fahrrad-Reparaturwerkstatt

Gräbschen 11, am 29. Juni 1927

Mittwoch, den 29. Juni, um 20 Uhr:

Vortrag

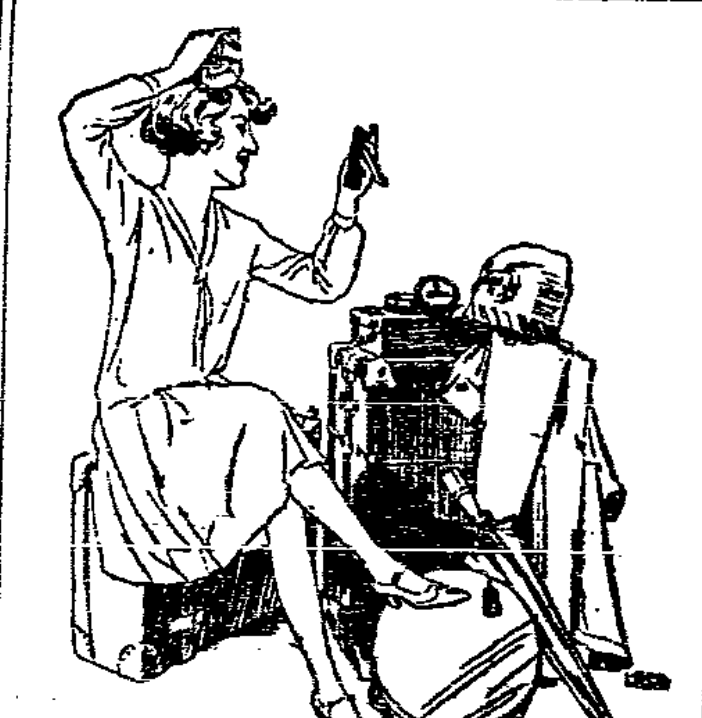
im Saale der Monatslichen Gemeinde

Grünstraße 14/16 516

Redner: Dr. Georg Kramer

Thema: B. Shows Drama „Radiohaus u. der Löwe“

Eintritt frei. Gäste willkommen.



Auf Ihrer Sommer-Preise liegt Ihnen doppelt daran, vorteilhaft auszusehen. Nehmen Sie deshalb Schwarzkopf-Trocken-Schaumpon mit, es verschafft Ihnen jederzeit schönes Haar - in 3 Minuten!

Die grüne Original-Dose zu Mk. 1.- reicht monatlang!

Schwarzkopf-Trocken-Schaumpon

die Haarwäsche ohne Wasser

Für Ihre gründliche Kopfwasche: Schwarzkopf-Schaumpon oder Schwarzkopf-Kamillen-Haarwäsche in der Spritzflasche!

Damen-Waschkleider

zum Ausverkauf in 3 Serien

Serie I 2.50 Serie II 2.50 Serie III 3.50

Vorräte des Lagerbestandes erhalten beim Einkauf 25% ständliche Gebrauchsgütergröße gratis!

G. Friedländer, Sonnenstr. 30

David: Referententücher.

Eine Anleitung für ständliche Redner. Preis nur 50 Pf., auswärts 10 Pf. Porto.

Volksrecht-Buchhandlung (König-Adaptat) Breslau III, Neue Gröbenstr. 5.

Eine nie wiederkehrende Gelegenheit

bietet mein

Saison-Ausverkauf!

	Früher: RM.	Jetzt: RM.
Herren-Anzüge	34 ⁰⁰	17 ⁷⁵ an
Burschen-Anzüge Sport	29 ⁵⁰	17 ⁵⁰
Jünglings-Anzüge	18 ⁰⁰	10 ⁵⁰
Ein Knaben-Anzüge gute, haltbare Stoffe in Prinz Heinrich-, Sport- und Kitelfasson	18 ⁵⁰	4 ⁷⁵ an
Pa. gestrickte Knaben-Anzüge	12 ⁹⁰	7 ⁵⁰ an
Gummi-Mäntel gute Qualitäten.	36 ⁰⁰	16 ⁵⁰
Gestrickte Hosen haltbare Stoffe.	5 ⁸⁵	3 ⁵⁰
Gestrickte Hosen prima Qualität.	13 ⁵⁰	9 ⁷⁵
Kleider-Anzüge aus gutem blauen Molton	12 ⁵⁰	8 ⁵⁰ an
Reinwoll. Cheviot-Anzüge blau, mit Ueberkragen	22 ⁵⁰	14 ⁷⁵ an

Preiswerte Wintersachen:

Herren-Ulster mit angewebtem Futter	55 ⁰⁰	34 ⁰⁰
Ein Posten Burschen- u. Jünglings-Ulster	18 ⁰⁰	9 ⁶⁰ an
Ein Posten Knaben-Ulster	12 ⁰⁰	5 ⁵⁰
Ein Posten Winterjoppen	14 ⁵⁰	8 ⁰⁰ an

Der Ausverkauf dauert nur 6 Tage. Schluß: Sonnabend, 2. Juli

Wer zuerst kommt, findet das Beste!

Wenzel's Bekleidungshaus

Inh.: E. Wiesner 8545

Nur Elisabethstraße 5 Durchgangsstraße am Rathaus.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge

Betrag am 15. Juni rund 598 000 (männlich 480 000, weiblich 118 000) gegenüber rund 648 000 (männlich 523 000, weiblich 125 000) am 1. Juni 1927 und 743 000 (männlich 603 000, weiblich 140 000) am 15. Mai 1927. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis 15. Juni beträgt also rund 50 000 = 7,1 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) ist im gleichen Zeitraum von 728 000 auf 664 000 gesunken.

Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni zurückgegangen, und zwar um weitere rund 18 000. Ihre Gesamtzahl betrug am 15. Juni rund 208 000 (männlich 167 000, weiblich 41 000) gegenüber 228 000 (männlich 182 000, weiblich 46 000) am 15. Mai 1927.

Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen zeigt demnach wieder einen erfreulichen Rückgang. Sie hat sich in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni von 969 000 auf 806 000, also um rund 163 000 = 16,8 Prozent, verringert.

Die Arbeitsmarktlage in Westfalen und Lippe hat nach den Feststellungen des Landesarbeitsamtes über die Erwerbslosigkeit vom 15. Juni eine weitere Entlastung erfahren. Während die Zahl der Unterstützungsempfänger einschließlich der Hilfsarbeiter in der Erwerbslosenfürsorge und Krisenfürsorge von Mitte April bis Mitte Mai von 97 531 um 15 564 (= 15,9 Prozent) auf 81 967 zurückging, ist im letzten Zeitraum von Mitte Mai bis Mitte Juni eine Abnahme um 11 Prozent zu verzeichnen; insgesamt fiel nämlich die Zahl der obenerwähnten Unterstützungsempfänger einschließlich der Hilfsarbeiter von 81 967 um 11 488 auf 70 479. Die schon im Vormonat zu beachtende Verlangsamung des Tempos der Besserung hat sich fortgesetzt. Da erfahrungsgemäß im Monat August die Arbeitsmarktlage zum winterlichen Tiefstand umzubiegen pflegt, muß unter den gegebenen Verhältnissen damit gerechnet werden, daß der niedrigste Grad in der diesjährigen Erwerbslosigkeit bald erreicht sein wird.

Die Unfallziffer im Banntischen Baugewerbe

hat sich in den letzten Jahren in geradezu erschreckender Weise vermehrt, im Verlaufe zweier Dezennien mehr als verdreifacht. Während im Jahre 1925 bei rund 35 000 versicherten Betrieben mit 90 456 vollbeschäftigten Arbeitern noch 7821 Unfälle verzeichnet wurden, war die Zahl der angemeldeten Unfälle im Jahre 1926 bei der gleichen Anzahl von Betrieben mit nur mehr 78 135 Vollarbeitern 12 321. Die Zahl der entfähigungspflichtigen tödlichen Unfälle betrug im Jahre 1926: 68. In Verhältniszahlen ausgedrückt, sind das bei 1000 versicherten Personen, zu rund 300 Arbeitstagen gerechnet, 184,3 gemeldete Unfälle, darunter 12,2 entfähigungspflichtige und 0,78 tödliche Unfälle.

Also trotz des bedeutenden Rückganges der im Baugewerbe beschäftigten Personen hat sich die Unfallziffer ungeheuer vermehrt. Seit Jahr und Tag kämpft die Sozialdemokratie im Banntischen Landtag vergeblich für eine Ausstattung der Gewerbeaufsichtsbeamten mit polizeilichen Machtmitteln. Solange diese Forderung nicht durchgeht, wird kein Stillstand, viel weniger ein Rückgang der katastrophalen Bauarbeiterunfallziffer zu verzeichnen sein.

Die Arbeitszeit des Pflegepersonals in den Heil- und Pflegeanstalten

ist besonders reformbedürftig. Der überlange und anstrengende Dienst bringt es mit sich, daß das weibliche Pflegepersonal Mitte der vierziger Jahre schon stark verbraucht ist. Unter diesen Umständen ist es höchstenswert und erfreulich, daß im sächsischen Landtag soeben ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des Achtstundentages, der im Ausschuß mit 10 gegen 8 Stimmen abgelehnt worden war, im Plenum gegen 36 Stimmen angenommen wurde.

Arbeitszeitabkommen für die Textilindustrie Ostschlesiens.

Für die Textilindustrie Ostschlesiens, die ca. 50 000 Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt, wurde zwischen Arbeitgeberverband und Arbeitnehmerorganisationen ein neues Arbeitszeitabkommen getroffen. Darin ist festgelegt, daß die wöchentliche regelmäßige Arbeitszeit 48 Stunden beträgt. Beginn und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit sowie der eingelegten Pausen sind zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung zu vereinbaren. Die ersten drei Überstunden in der Woche werden auf Anordnung der Betriebsleitung geleistet und mit 25 Prozent Zuschlag auf den Lohn bezahlt. Weitere Überstunden dürfen nur gemacht werden, wenn eine Vereinbarung zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung vorliegt. Das Abkommen gilt vom 17. Juli 1927 bis 31. Juli 1929.

Die Intervention der Warschauer Regierung im Bauarbeiterstreit

hat kein Resultat gezeitigt, da die Industriellen eine Erhöhung der Arbeiterlöhne von der gleichzeitigen Heraufhebung der Baukosten abhängig gemacht haben. Die Regierung hat diesen Vorschlag der Industriellen zurückgewiesen und der Streit geht in verschärfter Form weiter, ohne daß Aussicht auf erneute Vermittlung der Regierung besteht.

Der Tabakarbeiterstreit in Sofia

dauert nun schon bereits über drei Wochen. Die Aussichten für eine baldige Beilegung sind gering, da die Arbeitgeber jede Verhandlung ablehnen. Nur in wenigen Betrieben, in denen man den Forderungen der Streikenden entgegenkam, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Lage der Ausständigen ist durch die unzweideutige Stellungnahme der Behörden und Polizei für die Arbeitgeber sehr schwierig geworden. Die sich häufenden Übergriffe der Polizei finden nicht nur bei den Arbeitern und Bauern, sondern auch in weiten Kreisen der Bürgerschaft scharfe Verurteilung. In diesen Tagen spielte sich ein neuerer Vorfall ab, der große Entrüstung in der Öffentlichkeit hervorrief. Bei der Verteilung von Unterstützung an die Streikenden drang die Polizei in das Versammlungslokal ein, jagte die Arbeiter mit Schlägen hinaus und verhaftete eine Anzahl von ihnen. Auf dem Wege zur Polizeistation wurden auf die nachfolgenden, über das Was ihrer Männer besorgten Arbeiterfrauen, „Schreckhülse“ abgegeben. Es werden zahlreiche Verhaftungen gemeldet. Der Sekretär der unabhängigen Gewerkschaften, Mileff, wurde ebenfalls verhaftet. Die gesamte Rinterspreß protestiert einmütig gegen diese brutale Behandlung der im friedlichen Kampfe stehenden Arbeiter.

Breslauer Holzarbeiter!

Die Betriebsräte-Vertrauensmänner-Versammlung ist heute abend um 7 1/2 Uhr im Zimmer 7/8. Das Arbeitszeitgesetz und die tarifliche Überstundenbezahlung. Am Donnerstag ist im großen Saale die Mitglieder-Versammlung, in der über den Verbandstag berichtet wird. Dazu sind alle Mitglieder eingeladen.

Arbeitsgerichtsbeginn.

Am 1. Juli beginnen die Arbeitsgerichtsbehörden mit ihrer Tätigkeit. Trotz erheblicher organisatorischer Schwierigkeiten ist es gelungen, die Einrichtung im Aufbau, in räumlicher und personeller Hinsicht so zu fördern, daß eine Verlegung des Tätigkeitsanfangs, die im Arbeitsgerichtsgesetz vorgelesen war, nicht zu erfolgen brauchte. Die Arbeitsgerichtsbehörden sind bekanntlich so organisiert, daß als erste Instanz sogenannte Arbeitsgerichte tätig werden, die nicht in die ordentlichen Gerichte eingebaut oder ihnen auch nur angefügt sind, vielmehr ganz selbständige Behörden darstellen sollen. Man darf diese Selbständigkeit aber durchaus nicht überschätzen. Sie ist im wesentlichen in der Praxis dadurch ausgeschaltet, daß größtenteils ordentliche Richter den Vorsitz führen, daß die Gerichte vielerorts in den Räumen der ordentlichen Gerichtsbarkeit tagen und daß die Dienstaufsicht den ordentlichen Justizverwaltungsorganen (dem Oberlandesgerichts- und dem Landgerichtspräsidenten) übertragen worden ist.

Als zweite Instanz fungieren die Landesarbeitsgerichte, die den Landesgerichten angegliedert sind, also folgerichtig wie die Kammern dieser Gerichte behandelt werden. Als dritte Instanz wird das dem Reichsgericht angefügte Reichsarbeitsgericht tätig.

Bei der Organisation entstand die Frage, ob man in den ersten beiden Instanzen die Zahl der Gerichte völlig der der ordentlichen Gerichte angleichen oder weniger Arbeitsgerichtsbehörden organisieren sollte. In den süddeutschen Staaten, insbesondere in Bayern und Württemberg, hat man möglichst an jedem Amtsgerichtssitz ein Arbeitsgericht, an jedem Landgerichtsamt ein Landesarbeitsgericht eingerichtet und ist dabei den Anregungen aus Arbeitgeberkreisen entgegen gekommen. In Preußen hat man sich dagegen in billigerer Weise, um die Beschäftigungsmenge der einzelnen Instanzen zu sichern und damit größere Sachkenntnis und einheitlichere Rechtsprechung der Spezialgerichte herbeizuführen, dazu entschlossen, mehrere Amtsgerichte zu Arbeitsgerichten, mehrere Landgerichte zu Landesarbeitsgerichten zusammenzufassen. So hat man neben den etwa 1000 Amtsgerichten nur 227 Arbeitsgerichte, neben etwa 90 Landgerichten nur 33 Landesarbeitsgerichte geschaffen. Für Schlesten hat sich das so ausgemittelt, daß sich 25 Arbeitsgerichte in Beuthen OS., Breslau, Brieg, Bunzlau, Glog, Gleiwitz, Glogau, Görtlich, Grünberg, Hindenburg OS., Hirschberg, Honefswerde, Kreuzburg OS., Landeshut, Lauban, Liegnitz, Neisse, Oels, Oppeln, Ratibor, Reichenbach, Sagan, Schweidnitz, Waldenburg, Weißwasser und drei Landesarbeitsgerichte in Breslau, Gleiwitz und Görtlich befinden. Das Breslauer Arbeitsgericht hat sieben Kammern und zwar drei Arbeitskammern, eine Angestelltenkammer, eine Handwerkerkammer, eine Reichsbahnfachkammer und eine Fachkammer für Handlungsgehilfen und Lehrlinge. In Oppeln ist außer der Arbeiter-, der Angestellten- und der Handwerker- eine Eisenbahnfachkammer eingerichtet. Die anderen

schlesischen Arbeitsgerichte haben drei Kammern und zwar je eine für Arbeiter, Angestellte und Handwerker; nur Kreuzburg hat zwei Kammern. Auf diese Kammern gehen die Sachen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sofort über. Bei den Landesarbeitsgerichten in Gleiwitz und Görtlich ist je eine Kammer vorhanden. Beim Landesarbeitsgericht in Breslau findet man zwei Kammern, die den Bezirk der Arbeitsgerichte Breslau, Brieg, Glog, Glogau, Grünberg, Landeshut, Liegnitz, Oels, Reichenbach, Schweidnitz, Waldenburg umfassen.

Die räumliche Unterbringung war meist sehr schwierig. In Breslau hat sie dazu geführt, daß das Arbeitsgericht vorläufig vorläufig in den Räumen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, das Landesarbeitsgericht im Landgericht untergebracht wird.

Noch schwieriger war die Regelung der Personalfragen. Das Gesetz schreibt vor, daß nur solche Personen zu Vorsitzenden bestellt werden sollen, die auf arbeitsrechtlichem und sozialem Gebiet Kenntnisse und Erfahrungen besitzen. Die Justizverwaltung der Länder, die im Einvernehmen mit der bestreuetenden Sozialverwaltung, in Preußen dem Handelsministerium, die Ernennung vorzunehmen hatte, war sich bald darüber klar, daß ihr unter den ordentlichen Richtern nicht allzu viele derartige Personen zur Verfügung standen. Aus der Zahl der bisherigen Vorsitzenden bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten wollten, meist aus wirtschaftlichen Gründen, nicht allzu viele in den Dienst der Arbeitsgerichtsbehörden übertreten, daher waren Justiz- und Sozialverwaltung bei der Ernennung in sehr schwieriger Lage. Sie haben den Mangel in der Weise zu beheben gesucht, daß sie für die zu Vorsitzenden ernannten Personen Einführungskurse einrichteten. Aber diese Kurse werden die Richter nicht davon befreien, mit aller Intensität die arbeitsrechtliche Materie zu studieren, die infolge ihrer wirtschaftlichen Bedeutung eines der interessantesten, infolge ihrer gesetzlichen Zersplitterung und der vielen Streitfragen eines der schwierigsten Rechtsgebiete darstellt.

Wichtiger noch als dieses Studium wird die Einstellung und Arbeitsfreudigkeit der Gerichte sein. Oekonomisches Verständnis, Kenntnis der arbeitstechnischen Maßnahmen, soziales Feingefühl werden man in erhöhtem Maße von Personen verlangen, die über die für zwei Drittel der Bevölkerung wesentlichsten Rechtsstreitigkeiten entscheiden.

Die Arbeiterschaft wird wie die gesamte Öffentlichkeit die Neuorganisation der Arbeitsgerichtsbehörden unter die härteste kritische Lupe nehmen. Das Arbeitsgerichtsrecht gibt mit seinem Güterverfahren, seinen schnellen und billigen Maßnahmen die Möglichkeit, Teilgebiete der Justiz einbringlich zu modernisieren. Die Justizverwaltung mag die Erwartung rechtfertigen, die der Genosse Aufhäuser bei der Beratung aus sprach, daß von der Handhabung dieses Gesetzes eine Reformation der Rechtsprechung ausgehen wird.

Wohnungs- und Städtebau.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Ueberwindung der Wohnungsnot scheitert u. a. immer noch daran, daß das Baugewerbe tatsächlich einer der rückständigsten Industriezweige ist. Mit der notwendigen Umstellung des Wohnungsbaues muß aber die Umstellung des Städtebaues Hand in Hand gehen. Eine Lösung der ganzen Siedlungsfrage ist nur durch gleichmäßige Berücksichtigung beider Gebiete möglich. Anläufe für eine solche Lösung sind vorhanden. Wie erinnern nur an den Entwurf des preussischen Städtebaugesetzes. Auch kann man in dem amerikanischen Angebot, in Berlin rund 14 000 Wohnungen zu errichten, solche Anläufe erblicken.

Werden wir uns einmal über die Bedeutung dieses amerikanischen Angebots, des sogenannten Chapman-Projekts, klar. Die amerikanische Baufinanzierungsgesellschaft Chapman & Co. hätte sich erboten, mit einem Kapital von 182 Millionen Mark 10 Jahre öffentliche Zuschüsse auf dem Schöneberger Südgelände in Berlin 14 000 Wohnungen zu errichten. Sie sollten nach Fertigstellung an die Stadt Berlin verpachtet und von dieser weiter vermietet werden. Nach den Aufstellungen der Amerikaner hätte eine Zweizimmerwohnung mit Kammer, Küche, Speisekammer, Bad, Zentralheizung und Warmwassererwärmung 780 Mark, eine Dierzimmerwohnung 1695 Mark pro Jahr gekostet. Das sind im Durchschnitt 145 Prozent der Friedensmiete, während sich sonst ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel die Mieten auf 170 bis 200 Prozent stellen.

Die Berliner Baufirmen waren sich einig, daß sie mit den Amerikanern nicht in Wettbewerb treten könnten. Trotzdem erklärte der preussische Wohnfahrtsminister Hertfelder, daß das Angebot der Amerikaner viel zu hoch sei. Wie liegen die Dinge hier? Das ganze Objekt von 14 000 Wohnungen sollte nach Ablauf von 28 Jahren, lastenfreies Eigentum der Stadt Berlin werden. Vom Kapitalbetrag waren nur 60 Millionen Mark, also ein Drittel, in 28 Jahresraten zu tilgen. Die Pacht und die Tilgungsquote von 1,1 Prozent hätte eine Jahresleistung von 8,52 Prozent des investierten Kapitals bedeutet. Herr Minister Hertfelder erklärte aber in der Landtagsdebatte vom 19. Mai, daß sich ein deutscher Unternehmer, der 28 Jahre lang 7,4 Prozent Zinsen verlangte, lächerlich machen würde. Verschwiegen wurde vom Minister, daß in den angegebenen 7,4 Prozent Zinsen noch eine beträchtliche Tilgungsquote steckt. Setzt man die in 28 Jahren eintretende Wertminderung mit der ungewöhnlich hohen Summe von 60 Millionen ein, dann würde der Stadt ein weiterer Wert von 69 Millionen Mark ohne jede Gegenleistung zufließen. Dieser Wert entspricht einer Jahresleistung von 1,1 Prozent des Kapitals. Die tatsächliche Verzinsung wäre also höchstens 3,3 Prozent gewesen. Demgegenüber betrachte man die Kosten, die anderweitig verlangt werden. Erste Hypotheken bekommt man heute nicht unter 8 bis 9 Prozent; dabei sind Spesen und Provisionen noch nicht eingerechnet. Für zweite Hypotheken zahlt man 12 bis 14 Prozent.

Die Ablehnung des preussischen Wohnfahrtsministers hat die größte Verwunderung erregt. Man hat mit allerhand Ausreden versucht, die Ablehnung des Ministers der weiteren Deffenlichkeit begreiflich zu machen; u. a. wurde gesagt, daß eine Hergabe von Hauszinssteuern an Ausländer nicht möglich sei. Der Berliner Stadtbaurat Wagner hatte jedoch vorgeschlagen, die üblichen Mittel der Hauszinssteuer auch für das Chapman-Projekt zur Verfügung zu stellen, was eine Herabsetzung der Mieten von 145 auf 120 Prozent bedeutet hätte. Man hätte also den Mietpreis der Wohnungen schon am 1. Oktober des laufenden Jahres erreicht.

Das Schicksal des Chapman-Projekts, des Versuchs einer großen Rationalisierung im Wohnungsbau erinnert an das Schicksal des preussischen Städtebaugesetzes, den Versuch einer Rationalisierung des Städtebaues. Die gleichen Kreise, die die Neuerungen im Wohnungsbau verhindern, verhindern auch eine vernünftige Entwicklung im Städtebau. Der Entwurf des preussischen Städtebaugesetzes war schon im Jahre 1925 der Deffenlichkeit übergeben worden. Seidem wird er langsam in Beratungen und Ausschüßungen zu Tode gemartert. Das ist begreiflich, denn er enthält neben vielen anderen wichtigen Neuerungen Bestimmungen über die Enteignung von Wohngebänden und über die Aufstellung von Flächenaufteilungsplänen, die einen zeitgemäßen Städtebau ermöglichen sollen. Ueberall dort aber, wo wirklich einmal die Interessen der Allgemeinheit

den Sonderinteressen vorangehen sollen, sind Kräfte am Werke, dem Abbruch zu tun. Und diese Kräfte wissen auch, zur höheren Ehre ihres Geldbeutels, Mittel und Wege zu finden, um die Not der Allgemeinheit in blante Spekulationsgewinne umzukehren.

Sie muß unbedingt der Widerstand der Allgemeinheit einsehen. Schließlich ist ja die Lösung der Wohnungsfrage weit mehr als ein Empfinden von Wohnungslustenden. Es geht dabei nicht nur um die Volksgesundheit, sondern auch um die Wirtschaftlichkeit unserer Großstädte, die durch einen verfehlten Städtebau in eine immer bedenklichere Lage kommen.

Rückgang der Viehzahl.

Das preussische statistische Landesamt hat die Ergebnisse der Viehzählung vom Dezember 1926 mit der Anbaufläche in Preußen in Verbindung gesetzt. Danach entfielen auf 1000 Hektar:

	1926	1913
Pferde	147	137
Rindvieh	527	560
Schafe	149	181
Schweine	727	837

In mehreren Provinzen ergibt die vom Landesamt aufgestellte Tabelle eine Verminderung des Rindviehs um fast 50 und mehr Stück auf je 1000 Hektar Anbaufläche. Noch höher erweist sich in den einzelnen Provinzen die Einbuße an Schweinen. Die Schafhaltung ist in fast allen Provinzen zurückgegangen.

Guter Verdienst in der Zementindustrie.

Wie erfolgreich die Zementindustrie, die merkwürdigerweise vor kurzer Zeit nach auf eine Erhöhung der Preise drang, im abgelaufenen Geschäftsjahr abgekommen hat, beweist der soeben erschienene Geschäftsbericht der Hannoverischen Portland-Zementfabriken A.-G. in Miesburg. Das Betriebsergebnis steigerte sich von 1, 52 Millionen Mark auf 1,78 Millionen Mark. Trotzdem lag die Betriebsausgaben von 500 000 Mark auf 1,02 Millionen Mark erhöht und die Abschreibungen von 280 000 Mark auf 320 000 Mark gesteigert wurden, ergibt sich ein Reingewinn von 423 000 Mark gegenüber 244 000 Mark im Vorjahre. Die Dividende wird von 6 auf 10 Prozent erhöht.

Die Deutsche Luft-Hansa A.-G. teilte in ihrer am Sonnabend stattgefundenen Generalversammlung mit, daß sich die Leistungen im Verhältnis zum Vorjahr von 600 000 Kilometern pro Monat um eine Million Kilometer erhöht haben. Insbesondere hat sich der Verkehr nach dem Auslande gesteigert.

Eröffnung der internationalen Handelskammertagung.

Stockholm, 27. Juni. (Drahtbericht.) Der diesjährige Kongress der internationalen Handelskammer wurde von dem Vorsitzenden, Sir Alan Anderson mit einer Ansprache eröffnet, in der er betonte, daß es nicht genüge, es sich mit Resolutionen zum Beispiel gegen die Höhe der Zollschranken in Europa, zu fassen. Man müsse diesen Resolutionen auch zur Wirksamkeit verhelfen. Der Redner beschloß sich insbesondere mit den Bedenken, die teilweise den von der Wirtschaftskonferenz empfohlenen Gedanken internationaler, industrieller Zusammenhänge entgegengebracht worden sind. Er glaubte, sich diesen Bedenken nicht anschließen zu können.

Die Reichsgarantie im Auslandsgeschäft. Untillich wird mitgeteilt: Diejenigen deutschen Viesfirmen, die mit der Handelsvertretung der U.S.G. in Deutschland langfristige (zwei- bis vierjährige) Liefergeschäfte im Rahmen der Ausfußgarantie des Reiches und der Länder abgeschlossen haben, werden aufgefordert, ihre Anträge auf Uebernahme der Garantie alsbald, spätestens bis zum 28. Juni 1927 einschließlich, bei der Garanzabteilung der Deutschen Revisions- und Treuhänder A.-G., Berlin W. 8, Mohrenstraße 62, einzureichen. Den nach dem Ablauf dieses Tages eingehenden Anträgen wird voraussichtlich nicht mehr stattgegeben werden können.

Aus Schlesien.

Ein französisches Flugzeug bei Landeshut abgestürzt.

Durch M.F. wird ein schweres Fliegerflugzeug gemeldet, das sich bei dem Dorfe Rindelsdorf (Kreis Landeshut) ereignet hat. Ein französisches Flugzeug, das sich anscheinend im Nebel verfangen hatte, versuchte, die tiefstehenden Wolkenschichten zu durchbrechen. Zu spät erkannte der Führer, daß er sich unmittelbar über einem hohen Waldbestande befand. Das Flugzeug sauste mit voller Wucht auf die wie Strohhalm geackerten Bäume herab. Die beiden Insassen wurden bis zur Unkenntlichkeit verstimmt. Anscheinend handelt es sich um französische Kaufleute, da in den Trümmern Reste von Seidenmustern, Perlenstickereien und ähnliches gefunden wurden. Die tief im Walde gelegene, schwer zugängliche Unfallstelle wurde von der Freiwilligen Feuerwehr der nächstgelegenen Dörfer abgeperrt.

Ein Ausflug des Vereins für Geschichte Schlesiens nach Münsterberg und Heinrichau.

Anlässlich des 700jährigen Jubiläums der Gründung des Zisterzienserklosters Heinrichau unternahm der Verein für Geschichte Schlesiens seine diesjährige Wanderversammlung am Sonntag nach den Vorbergen der Grafschaft Glatz.

Diese Exkursionen bieten eine bequeme Möglichkeit, einen Einblick in die Geschichte unserer Provinz zu bekommen und aus ihr mancherlei für die Gegenwart zu lernen. Im festlich geschmückten Rathaus der Stadt Münsterberg, in dem wir allerdings das Wehen einer Flagge in den Reichsfarben vermissen, begrüßte der dortige Bürgermeister Dr. Groß die Erschienenen. Den ersten, nicht durchweg in je feinerer Form gehaltenen Vortrag hielt Staatsarchivar Dr. Randt über die Bedeutung des ehemaligen Klosters Heinrichau als Kulturstätte. Ganz anders aus dem Vollen schöpfte Seminarstudient Dr. Lorenz, der über Münsterberg sprach. Er verband es meisterhaft, aufzuzeigen, wie die neue Industriestadt sich in ihrer organischen Entwicklung der Vergangenheit anschließt. Er wurde dem Geist der Vergangenheit und der gewaltigen kolonialistischen Leistung der Grauen Mönche von Heinrichau gerecht und doch kein Lobredner der „alten Zeit“. In Heinrichau bot sich Gelegenheit zu mancherlei Beobachtung. Heute gehört Heinrichau der Witwe des letzten Großherzogs von Sachsen-Weimar. Das Scheitern des Volkentscheides hat diese gewaltigen Besitzungen in jener Hand gelassen. Daher „grüßen“ uns heute am Durchgang zur Klosterkirche Plakate des Stahlhelms und des Kriegervereins in schwarz-weiß-roter Umrahmung. Da der Staat die Einkünfte aus Heinrichau nicht bestreift, kann er auch leider nicht in ausreichendem Maße die Mittel zur Verfügung stellen, die zur Erhaltung dieses einzigartigen Baudenkmals, wie sie die Klosterkirche barockt, notwendig wäre. Besonders ist das uralte Gefühl der Mönche durch

sein hohes Alter gefährdet. — Eine Besichtigung des Münsters von Münsterberg schloß sich an.

Es wäre zu wünschen, daß derartige heimatkundliche Nützlichungen durch unsere schöne Provinz öfters unternommen würden. W. C.

Feuerwehr-Verbandstag in Hindenburg.

Am Sonnabend und Sonntag hielten die Feuerwehren Schlesiens in Hindenburg ihren Verbandstag ab. Nach einer kurzen Vorberedung begann im Kasinoaal der Donnersmardstraße die Hauptversammlung, an der auch Vertreter der Breslauer und Oppelner Regierung, Oberbürgermeister Dr. Quaschnig und Brandmeister Behrend aus Marienburg in Ostpreußen zugegen waren. Als anwesend wurden 50 Stadt- und 7 Kreisverbände festgesetzt. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen schritt man zur Tagesordnung, deren erste Punkte, die Jahres-, Geschäfts- und Kassenberichte, bald erledigt waren. Einige Satzungsänderungen wurden genehmigt. Als nächster Tagespunkt wurde Lauban bestimmt. Verschiedene Anträge auf Abänderung der Marmvorrichtungen wurden abgelehnt. Die eigentliche Hauptversammlung begann am Sonntag vormittag, in der der Geschäftsführer der Hindenburg Wehren, Branddirektor Hämel in Breslau, sprach über den vom 6. bis 13. Juli in Breslau stattfindenden „Deutschen Feuerwehrtag“. Eine moderne Note in den Arbeiten der Ortswehren beleuchtete der Vortrag von Brandmeister Scherbeling: „Ueber die Leibesübungen bei der Feuerwehr“. Die heutige Sportbewegung zeigt den Weg zur Erreichung des Zieles, der zugleich für die Jugend eine Quelle der Freude ist.

Nach einer anschließenden Aussprache hatte die Hauptversammlung ihr Ende erreicht. Der von vielen Zuhörern besaunten Schauübung auf dem Schützenplatz folgte nachmittags der Festzug, an dem über 60 Wehren vertreten waren, vom Kasino nach Stadlers Garten, wo sich das übliche weitere Festprogramm abspielte.

Die Flug-Kleinbahn Reisse-Riefengebirge.

Am Mittwoch wird mit der Eröffnung des Flugplatzes Reisse-Stephansdorf der Flugverkehr Reisse-Hirschberg eröffnet, für den bekanntlich ein neuer Typ von Kleinflugzeugen verwendet und hinsichtlich seines Rentabilitätsgrades geprüft wird. Die Flugdauer beträgt eine Stunde, der Preis 20 Mark.

Reichenbach. Verklüftete der Deutschnationalen Handlungsgehilfen. Aufsehen erregt in der hiesigen Bürgerchaft die plötzliche Amtsenthebung des hiesigen Geschäftsführers des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Grimlikha, der noch in den letzten Tagen mit verschiedenen Ehrenämtern betraut wurde. Mit der Geschäftsführung wurde ein von der Zentrale des genannten Verbandes hierher beordertes Beamter betraut. Grimlikha war vor etwa Jahresfrist von Kattowich nach Reichenbach versetzt worden.

Schweidnitz. Freispruch im Meineidsverfahren. Unter Aufgebot eines großen Zeugenapparates verhandelte das Schweidnitzer Schwurgericht einen Meineidsprozeß, dessen Einzel-

heiten viel Staub aufgewirbelt haben. Angeklagt war die einundzwanzigjährige Mädelin Marie G. aus Friedland, die mit dem Tischlermeister K., der mit seiner Frau in ein Ehescheidungsverfahren verwickelt wurde, die Ehe gebrochen haben soll. Sie hatte das in dem genannten Verfahren unter ihrem Eide bestritten. Man sollte es ihr durch einen Anwalt von über dreißig Zeugen nachgewiesen werden, was aber nicht gelang. Das Gericht stellte fest, daß die Zeugen, die belastend gegen sie auslagen, wohl in gutem Glauben die Wahrheit bekundeten. Doch konnten sie bei diesen Beobachtungen sehr leicht Sinnestäuschungen zum Opfer gefallen sein. Dementsprechend erfolgte die Freisprechung der Angeklagten, gegen die der Staatsanwalt neun Monate Gefängnis beantragt hatte. — Bedauerlicherweise wird diese der Schwierigkeit und Relativität von Zeugenaussagen gerecht werdende vorzügliche Bewertung nicht von allen deutschen Gerichten angewandt.

Glogau. Feuer durch Ofenüberheizung. In dem Nachbarort Rauschwitz brach Montag mittag in dem dem kriegsbeschädigten Maslona gehörigen Zweifamilienhaus Feuer aus, durch das der Dachstuhl und das Innere des Hauses vollständig zerstört wurden. Die Entstehungsurache des Feuers dürfte in der Überheizung eines Ofens zu suchen sein. Die aus Glogau herbeigerufenen Motorspritze hatte auf ihrer Fahrt auch einen Unfall, indem sie auf der schmalen Zufahrtsstraße stehen blieb und umkippte, wodurch der Wassereinhalt an unrechter Stelle entleert wurde. Das Inventar konnte zum großen Teil gerettet werden.

Grünberg. Eine Reihenschule mit einem Rebmustergarten soll durch den Weinbauauschuß der Landwirtschaftskammer Niederschlesien auf dem Stadtnordwest errichtet werden.

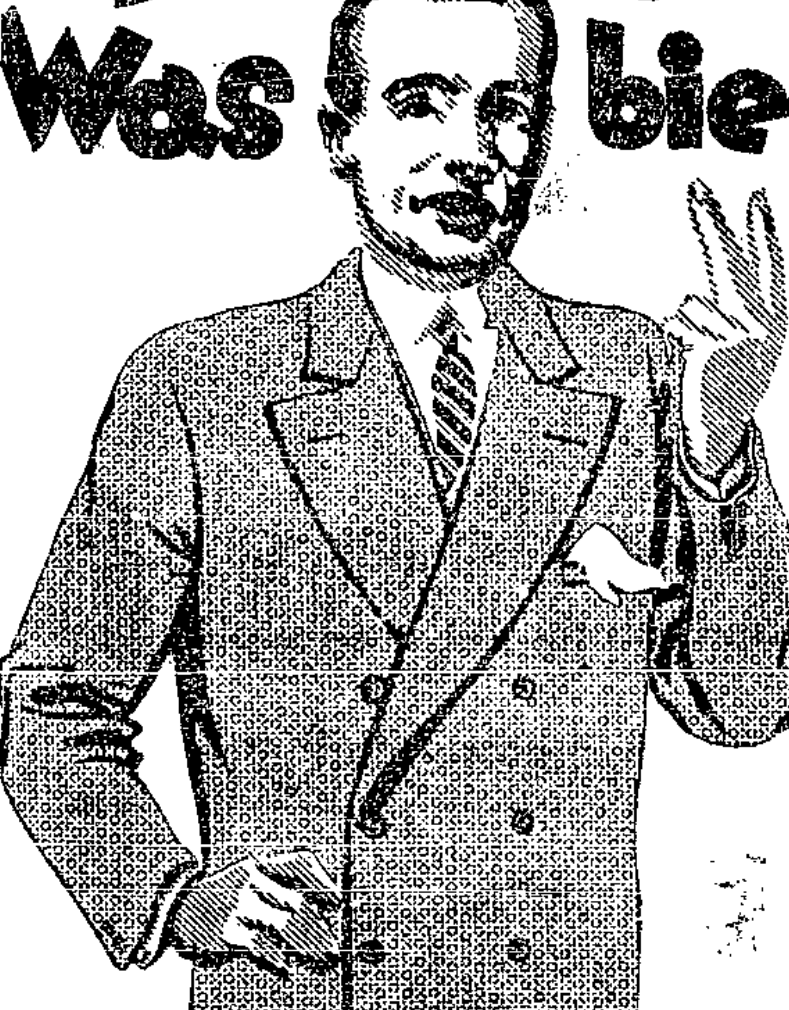
Hermesdorf a. R. Verhängnisvolles Spiel. Der siebenjährige Sohn eines Arztes und der vierzehnjährige Sohn eines Arbeiters spielten im Garten mit dem Rest einer Wäscheleine „hängen“. Sie stiegen auf einen Bod und befestigten das Ende an einem Baum und legten sich dann die Schlingen um den Hals. Unglücklicherweise fiel der Bod um und die beiden Knaben fanden den Tod, da der Vorfall nicht beobachtet worden war. Die Eltern, ein Arzt namens Laube und der Arbeiter Friß Herbst sind über den tragischen Tod ihrer Kinder außerordentlich niedergedrückt und wird ihnen allgemeine Teilnahme entgegengebracht.

Reuthen O.S. Besserung des Arbeitsmarktes. Der letzte Wochenbericht des hiesigen Arbeitsnachweises zeigt einen Fortschritt der schon seit einiger Zeit festzustellenden Entspannung auf dem Arbeitsmarkt.

Hindenburg. Amtsanmahnung aus Hunger. Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde gegen einen stellunglosen Handlungsgehilfen verhandelt, der sich der Amtsanmahnung dadurch schuldig gemacht hatte, daß er bei einer allein stehenden Frau M. erschien und sich als Kriminalbeamter vorstellte, der nach einem gewissen B. forsche. Er nahm gleich ein Protokoll auf und ließ sich währenddem mit Kaffee und Butterkuchen stärken. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis.

„Wir teilen Sie selbst“

Was bietet die **DRG** Saison-Ausverkaufs? während ihres vom 28. Juni bis 9. Juli!



20% Rabatt auf alle Waren!

6 Monate Kredit für alle Käufer!

Ohne Anzahlung

für unj. alt. Kunden, Beamte, Lehrer, Angestellte! 1. Ratenzahlung: August 1927

Jetzt werden zu überbieten?

Moderne Kleidung in großer Auswahl!	
Damenkonfektion	Herrenkonfektion
Das billige Waschkleid in vielen Farben und Größen, hübsche Muster	Sakko-Anzüge aparte Muster, in guten Cheviotsstoffen, ein- u. zweireihig
Das preisw. Voll-Vollkleid apart. Must., m. Gürtel u. Weste	Sakko-Anzüge moderne in Kamgarne, Chev. u. Gabard., ein- u. zweireihig
K.-Seiden-Waschkleid in reizenden Blumennustern, mit Faltrock	Blau Sakko-Anzüge prima Cheviot- u. Kamgarne, Stoffe, je nach Qualität
Voll-Vollkleid Jumperform m. Gürtel, Faltenrock und Knopfgarnitur	Bastfarb. Anzüge prima Waschtüch, 47,00, 30,00,
Voll-Bluse moderne Machart	Sport-Anzug Baumwoll-gabardine, mit Ueberkaro, Goltose
Apertur Rock in modernen Karos, m. Plissee und Falten	Sport-Anzüge Faltenjoppe mit kurzer Hose, strapazierfähiger Leinwand, 57,00, 47,00,
Ein Posten Kostüme 29,50, 20,50, 24,50,	Sport-Anzüge Sakko und kurz. Hose, braun kariert, L. neuest. Form, 69,00, 57,00,
Ein Posten Seidenmäntel 29,50, 24,50,	Sport-Anzüge steil, lang, u. kurz, Hose, derb. Chev.-Qual., flott. Muster, 89,00, 75,00,
Hochelegante Mäntel aus guten reinw. Schanensrippe, halb u. auch ganz auf Seide, eine große Gelegenheit	Gabardine-Mäntel impr. verschiedene Formen
Windjacken für Wanderungen und Reise, 12,50, 9,50,	Herrn-Ulster Cheviot-Kamgarne u. Gabard.-Stoffe 95,00, 85,00,
Strickjacken m. Wolpelzbesatz, 18,50, 11,75,	Loden-Mäntel impr. in verschied. Farben u. Formen 59,00, 50,00,
Kinderkonfektion	Gummi-Mäntel Kappes und Kaschmir, in verschieden. Farbtonen
Mädchen-Waschkleid farbl. Zephir m. Tasche u. weiß. Ueberkragen, Länge 60	Windjacken prima impr. Covercoatstoffe, l. viel. Farb. 15,00, 11,00,
Mädchen-Waschkleid in verschiedenen Mustern, bunt gemustert, m. Volant, Länge 60	Sport-Anzug Strickbod. in verschiedenen Formen 59,00, 50,00,

Deutsche Bekleidungs-Ges.m.b.H.

Niedrige Preise prima Qualitäten beste Verarbeitung größte Kulanz

kaufe gleich zahle später! Jeder Kauf ist freng diskret!

Breslau / Junkernstr. 38, 40

Unsere 6. großen Schaufenster — eine ständig fesselnde Modenschau — bitten wir zu beachten und die Preise zu vergleichen! Auswärtige Kunden erhalten Reise-Vergütung!

Täglich bis 3. Juli, von mittags 2 Uhr bis 1 Uhr nachts, das Fest der schlesischen Heimat, das Breslauer

Johannistfest

„Rübezahls Reich“ (Riesengebirgs-Szenerie)

Heute Dienstag, 6-8 Uhr:

Handballspiele

der Senioren Bez. Mittelschlesien - Bez. Niederschlesien um den Ehrenwanderpreis der Johannistfest-Verwaltung.

Morgen Mittwoch:

Großes Kindertrachtenfest

Sämtliche Kinder-Trachten erhalten Geschenke

Von 5-6 Uhr in der Zuckersack-Baude:

Kinder-Ball

Mittwoch 6-8 Uhr:

64er Flaggenreigen

6er Radballspiele

Städtekampf Gleiwitz-Breslau

des Bundes Deutscher Radfahrer, Gau 29.

8 Uhr in der Jahrhunderthalle:

Orgelvorträge u. Männerchöre

Hermann Lilge und Heinrich Melcher

Täglich Auffleg d. berühmten Luftakrobaten
Clara Wilke

Eintrittspreise: Erwachs. 30 Pf., Kind. 10 Pf., an Sonn- u. Feiertagen: Erwachs. 50 Pf., Kinder 20 Pf. Dauerkarten für alle Tage gültig: Erwachs. 1.25 Mk., Kinder 0.50 Mk. Vorverkauf bei Barasch.

Die „Johannistfest“-Zeitung mit d. gesamten Sport- und Festprogramm ist für 10 Pf. bei allen Zeitungshändlern zu haben.



Saisonfest
diese Gelegenheit
Fest
Mein diesjähriger
Saison-
Ausverkauf
ist **unerreicht.**

Ich gebe in dieser Zeit auf alle Bekleidungsstücke für **Herren u. Knaben** einschl. **Lüster- u. Leinwand** trotz billigster Preise u. bekannt guter Qualitäten

20% Rabatt

Beginn: Mittwoch
den 29. Juni

Durch Selbstfabrikation kann ich **ganz** besondere Vorteile bieten und kommen nur meine anerkannt **guten Stoffe** und **prima Zutaten** zur Verarbeitung

Schluss: Sonnabend
den 9. Juli

S. Guttentag,

Breslau, Altbüßerstr. 5

I.-III. Etage

Ecke Ohlauer Straße

Erstes Spezial-Haus für Herren- und Knabenbekleidung / fertig und nach Maß.